

Antifaz

Antifaschistische Zeitung



HEFT 16

MÄRZ/APRIL 1989

4. JAHRGANG

DM 1.50



Inhalt dieser Ausgabe

Einleitung.....	3
Was ist Deutschland?	4
Der Wahlerfolg der Republikaner	8
Impressum	11
Gründung eines DVU-Landesverbandes NRW verhindert	12
"Gebrüder-Eichengrün-Straße" in Dülmen	14
Deutsch-Kurdischer Freundeskreis Dülmens	15
Neues vom kurdischen Befreiungskampf.....	16
Verkauf von Daten iranischer Flüchtlinge	17
Ankündigung:Hanne Hiob und Esther Bejerano in Recklinghausen.....	19
Blick nach draußen	20
Auch auf Ortsebene:Weg mit der DVU!.....	26
11.Februar in Essen:Demo gegen den Staat	28
NPD-Bundesparteitag in Rhaden.....	31
DGB-Jugend gegen Nazi-Post (Abziehbarer Aufkleber)	33
Dokumentiert:Aktionsresolution der Bremer Konferenz	34
Antifaschistischer Arbeitskreis Herne gegründet	35
Adolf im Computer - faschistische Computerspiele	37

Verkaufsstellen:

- Dortmund**
- Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Litfaß-Buchladen
 - Café Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Akzent-Buchhandlung



Marl

- Bücherladen
- Die Mühlen-Kneipe

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken-Kneipe
- Acht-acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadt Schmiede
- Grünes Büro

Herne

- Informationszentrum 3.Welt

Münster

- Kneipe "Frauenstr.24"
- Café Malik
- Café Prütt
- Akzent-Buchladen
- Kulturzentrum "Kuba"
- Café America-Latina
- Naturkost "Kopf und Hand"
- Kneipe "Destille"

Bochum

- Akzent-Buchhandlung

Herten

- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

Einleitung

"Was ist das denn eigentlich - Deutschland?" fragt sich der Schreiber des Leitartikels dieser Ausgabe.

Da in den vergangenen Wochen und Monaten das "Deutschland"-Geschrei immer lauter geworden ist, scheint es uns an der Zeit, daß wir uns mit der "Deutschland"-Frage zu beschäftigen beginnen.

Der Artikel versteht sich als Einstieg in eine hoffentlich bald zu führende Diskussion in der **AntifaZ**.

Wir berichten weiter über den **Wahlerfolg der Republikaner** in Westberlin. Sicher sind nicht nur wir angesichts der über 90000 Wählerstimmen für die Faschisten erschrocken.

Erfreulich jedoch, daß sich angesichts des 'Windes von Rechts' immer mehr Menschen antifaschistischen Aktionen anschließen, in größeren Zahlen als früher zu Gegendemonstrationen kommen und neue antifaschistische Gruppen und Bündnisse entstehen.

Über die Gründung eines **Antifa-Arbeitskreises in Herne** gibt es in dieser Ausgabe einen Kurzbericht.

'Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen' - mit dem weiteren Ausbau der **AntifaZ** geht es nur langsam voran.

Immerhin sind weitere feste **Verkaufsstellen** in **Münster, Dülmen** und **Herne** hinzugekommen.

Doch wir sind weiter händeringend auf der Suche nach Artikelschreibern und Leuten, die uns die wichtigsten Informationen zuschicken. Vor allem aus den Städten Dortmund, Witten, Gelsenkirchen, Bochum und Essen, die ja mehr oder weniger das "Herz" des Ruhrgebiets ausmachen.

So können wir z.B. über den 30. Januar und seine Ereignisse in Dortmund nichts berichten, weil wir nur bruchstückhafte Informationen vorliegen haben. **Schreibt endlich!**

Zum Schluß möchten wir uns ganz herzlich bei unseren Freunden und denjenigen, die uns bei der Aktionskonferenz in **Bremen** erwartet hatten, entschuldigen (vor allem bei Dieter aus dem hohen Norden) - wir waren auf dem Weg, aber kurz vor Münster streikte unser Auto - Schade.

Also dann bei der nächsten bundesweiten Konferenz oder vielleicht schon am **15. April** auf der **Antifa-Konferenz NRW** in Wuppertal.

Herzliche Grüße an alle LeserInnen

Eure **AntifaZ**-Redaktion

Was ist Deutschland?

Erste Gedanken zu einer komplizierten Frage

"Deutschland braucht eine Partei, die deutsche Interessen vertritt." - schreibt Dr. Frey in seiner in der ganzen Bundesrepublik verteilten Postwurfsendung vom 9. Januar.

"Die alten Parteien" betreiben Ausverkauf der "deutschen Interessen" - Ausverkauf an wen? Zum Beispiel werden "deutsche Interessen" an "Europa" verkauft, denn Steuererhöhungen "dienen der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft".

Und: "Deutsche Interessen" werden an "Ausländer" ausverkauft, denn der "Zustrom von Ausländern setzt sich fort" und "deutsche Steuerzahler müssen Millionen für Scheinasylanten aufwenden".

Werden solche Sätze von unseren Bürgern geglaubt?

Es sieht ganz so aus, denn immerhin haben sich über 90 000 Menschen in Ber-

lin für eine solche Vertretung "deutscher Interessen" ausgesprochen.

Schauen wir einmal genauer hin, was diese Sätze tatsächlich ausdrücken.

Da gibt es also die "alten Parteien" - können ja wohl nur CDU/CSU, FDP und SPD (auch die Grünen?) gemeint sein - etwas dreist ist das schon angesichts der Tatsache, daß die NPD 1964 und die DVU immerhin auch schon 1971

gegründet worden sind!

Also, die (anderen) alten Parteien sind für "Europa" und gegen "Deutschland"? So jedenfalls die These der DVU - Liste D.

Nun ihr 'Beweis': Mit "deutschen Steuern" wird "Europa" bezahlt. **Wer** bezahlt denn eigentlich **wen**? Sitzt dort irgendwo ein Herr "Europa", dem die alten Parteien das Geld "der Deutschen" opfern?

Und wenn, warum tun sie das? Bekommen sie von diesem Herrn Europa wenigstens einen Teil der

'Beute' ab? Alles höchst merkwürdig.

Beweis Nr. 2:

"Das Millionenheer **unserer** Arbeitslosen wächst weiter".

So, hier kann man den Ausverkauf wenigstens wachsen sehen: **Weil** "die Deutschen" an "Europa" verkauft werden, wächst das "deutsche Arbeitslosenheer" - Wir Deutschen (das sind auch wir deutschen Arbeitslosen!) sehen "unser" Arbeitslosenheer wachsen.

Und dieser Herr "Europa" - lacht sich ins Fäustchen, denn das nützt ihm ja. Bloß - **wie** eigentlich?

Und wie können wir nun diesem "unserem" Feind, dem Herrn "Europa", ans Leder?

Nun, ganz einfach: Mache Dir klar, wer dort in Europa lebt: das sind doch alles - na, was wohl? - richtig, alles **Ausländer**!

Die EG-Ausländer wollen auch nicht, daß wir uns mit unseren deutschen Brüdern im Osten verei-

Der häßliche Deutsche

nen -die und natürlich die bösen Russen und die anderen Slawenvölker - die waren ja schon immer gegen **uns!**

Also, ganz klar: Wir Deutsche sind mal wieder eingekreist, und dagegen müssen wir uns endlich zur Wehr setzen.

Wer ist aber nun eingekreist, wer sind denn diese Deutschen?

Was macht das Deutschsein aus?

Deutsch ist man/frau durch Sprache und Kultur, die die Deutschen gemeinsam haben.

Alle, die deutsch sprechen, sind also Deutsche?

Was ist denn mit den "Deutschen" aus Kasachstan oder Tadschikistan, die in den vergangenen Wochen (endlich...) in ihre "deutsche" Heimat heimkehren durften - kaum einer von ihnen spricht Deutsch!

Aber die gemeinsame Kultur!

Mitnichten - die meisten dieser "Deutschen" wohnen seit Generationen (also hundert Jahre und länger) in Teilen der heutigen Sowjetunion, haben von Schiller und Brecht, geschweige denn Borussia Dortmund und Gyros-Pita auch nicht einen blassen Schimmer.

Ja, was könnte sie zu Deutschen gemacht haben?

Etwa nur ihr **Wunsch**, Deutsche zu sein?

Na, dann könnte aber doch jeder kommen, z.B. auch die Türken...!

Scheint schon etwas schwierig zu sein, die Sache mit diesen "deutschen" Aussiedlern.

Eins sollte aber klar sein: Deutschland liegt innerhalb der Grenzen von 1937 - das haben wir schriftlich!

Vor allem aber: unsere Brüder und diesmal auch die Schwestern in der "DDR" - das sind ganz sicher Deutsche. Sie nennen sich ja selber sogar "Deutsche" Demokratische Republik.

Klarer Fall: Bei der Einkreisung muß die Wiedervereinigung her. Aber ist denn auch eine gemeinsame Kultur vorhanden?, fragt unser Kritiker, ging der Weg nicht doch sehr weit auseinander. Diese beiden völkerrechtlich anerkannten Staaten, was sie sich ja gegenseitig schriftlich bestätigt haben - Sind sie denn nicht souverän in ihren Entscheidungen?

Wenn ja, dann ist wohl nichts mit Wiedervereinigung, denn diese zwei wollen **sich** ganz sicher nicht vereinigen.

Die deutsche Frage ist also durch "Wiedervereinigung" nicht lösbar - oder?

Noch mal zurück zu unserer Ausgangsfrage - was ist nun deutsch, was ist Deutschland?

Mit Sprache und Kultur allein war die Frage nicht lösbar.

Versuchen wir es mit einer Position zu dieser Frage aus neuerer Zeit:

"Die Bundesrepublik wird als Übergangslösung bis zur Wiederherstellung eines einheitlichen Staa-



tes aller Deutschen verstanden. Und als Deutsche gelten die Menschen, die durch Abstammung, gemeinsame Geschichte und Sprache zum deutschen Volk gehören. Aber die wachsende Verflechtung der modernen Industriestaaten untereinander, die faktisch endgültige Einwanderung von Millionen Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland und die Perspektive der vollständigen Freizügigkeit auch in einer sich ausdehnenden europäischen Gemeinschaft relativieren dieses Leitbild eines deutschen Nationalstaates mit ausschließlich deutschem Staatsvolk."

Das vertritt der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfons Müller (Wesseling) in einem Papier der

Wahlen. CSU-General Huber fordert das "Ansprechen von gesundem Nationalismus" und, daß "ganz konkret und nachhaltig deutsche Interessen vertreten werden sollen". A.Müller spricht von "Abstammung", "Geschichte" und "Sprache" als Merkmalen des "Deutschseins". Zumindest die zweite Kategorie trifft auf "unsere Brüder im Osten" nach 1949 nicht mehr zu - also keine Deutschen in der Deutschen Demokratischen Republik?

Ja, gibt es denn nichts Greifbares, was heute einen "deutschen Nationalstaat" mit Inhalt füllt? Greifen wir ins Schatzkästlein der Geschichte:

Historisch gesehen bildeten sich die Nationalstaaten in der Epoche der Auf-

schluß "ihrer" Arbeiterheere als "deutsche", "französische" oder "englische", um die Fesseln der feudalen Gesellschaft auf ökonomischem und politischem Sektor zu sprengen.

Das Entstehen der Nationalstaaten war also - kurz gesagt - der politische Ausdruck der bürgerlichen Revolutionen. Doch die Geschichte blieb, wie bekannt, nicht im 19.Jahrhundert stehen.

Die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus stellt den Versuch der kapitalistischen Staaten dar, ihre Produktionsweise weltweit zur herrschenden zu machen - in dieser Epoche wurde (und wird) die Welt infolge der Konkurrenz aufgeteilt in Machtsphären, die führenden Nationalstaaten schnitten sich die größten Stücke vom Kuchen ab. Diese Stücke nannte man Kolonien.

Die Völker dieser Kolonien waren damit aber nicht einverstanden, sie führten und führen "nationale" Befreiungskriege durch mit dem Ziel, unabhängige "National"-Staaten zu gründen, die sich von den alten, bürgerlichen Nationalstaaten in wesentlichen Punkten unterscheiden: Insbesondere wollten sie einen "nicht-kapitalistischen" Weg einschlagen.



Erdogan Karayel/Türkei

Christdemokratischen Arbeitnehmer vom 1.3.88. Für einen CDU-Mann erstaunlich, vergleicht man diese Sätze etwa mit den Stellungnahmen führender CDU/CSU-Politiker nach den letzten Berlin-

lösung der feudalen und der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise heraus.

Die zur Macht strebende Klasse der "Bürger" (=Eigentümer) benötigte den nationalen Zusammen-

Inzwischen war in einem Teil der Welt ein weiteres welthistorisch wichtiges Ereignis eingetreten: In Rußland und den übrigen Ländern der heutigen Sowjet-Union, etwas später auch in China fanden

Arbeiterrevolutionen statt, als deren Ergebnis sozialistische Staaten gegründet wurden, die sich ebenfalls nicht mehr als "National"-Staaten verstanden (zumindest zum damaligen Zeitpunkt), sondern als Bestandteile einer internationalen revolutionären Bewegung, in der sich die Arbeiterbewegungen der "alten" Nationalstaaten, die Befreiungsbewegungen der vom Imperialismus abhängigen Völker und die entstehenden sozialistischen Staaten zusammenschlossen - gegen den Imperialismus.

Aus **dieser** Perspektive wurden die nationalen Bestrebungen der ehemaligen Kolonien als Fortschritt, die nationalen Bestrebungen der imperialistischen Länder jedoch als Rückschritt eingestuft.

Soweit eine **grobe** Skizzierung der Entwicklung. Betrachtet man aus **dieser** Perspektive einen heutigen "deutschen" BRD-Nationalstaat, so wäre er historisch gesehen eine überholte und rückständige Größe!

Aus dieser Perspektive wäre die DDR (zumindest nach ihrem theoretischen Anspruch) kein bürgerlicher Nationalstaat mehr, sondern Teil des weltweiten Fortschritts - aus ihrer Sicht wäre eine Wiedervereinigung von Sozialismus und Kapitalismus widersinnig (wie natürlich auch aus Sicht der BRD).

Allerdings wird kaum einer die heutige DDR als besonders fortschrittlich bezeichnen. Nur - was die "deutsche Frage" betrifft, so haben 'die drüben' das

Problem "gelöst", indem sie eine neue Nation, eine "sozialistische" prägten - es gibt aus Sicht der DDR zwei Nationen, eine kapitalistische und eine sozialistische. Das war nicht immer so. In den 50er Jahren kämpfte die DDR noch für **eine** Nation, für ein vereinigtes, demokratisches Deutschland.

Fast scheint es, daß Müller (Wesseling) in der nationalen Frage eine fortschrittlichere Position einnimmt. Er spricht doch immerhin von einer "Relativierung" der deutschen Frage. Kann man nun die "deutsche Frage" eventuell auch anders zu beantworten versuchen?

Wem nützt eigentlich eine "deutsche Nation" und **wer** will eine solche?

Für die Nation sind natürlich an erster Stelle die faschistischen Organisationen wie DVU usw.

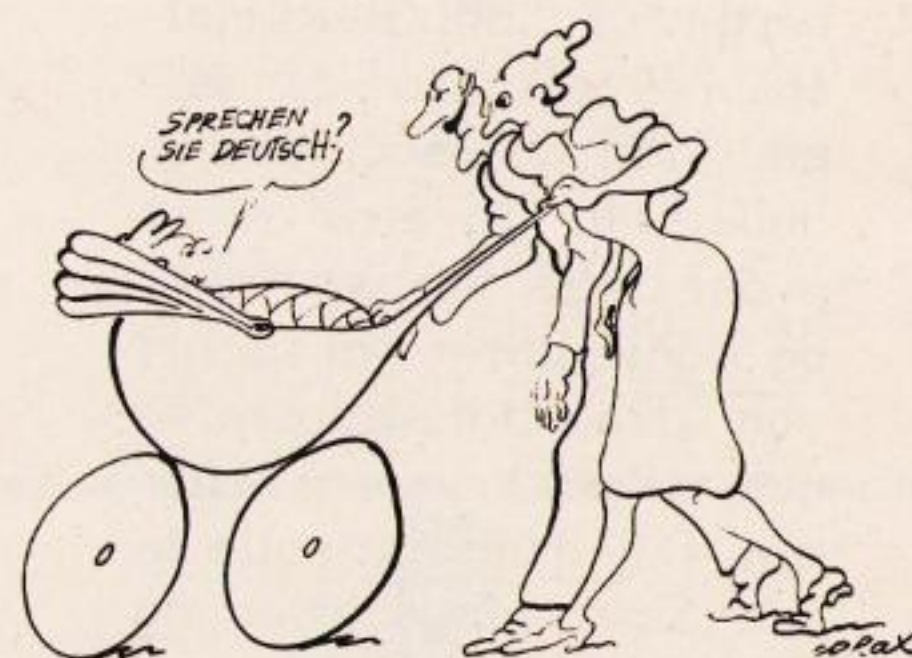
Dann sind aber auch die Parteien von CDU bis SPD (und wenn wir nicht falsch unterrichtet sind auch die Grünen) dafür - alle sind sie für "Wiedervereinigung".

Weiter dafür sind die "deutschen" Konzerne. Stellen wir uns ganz bescheiden die Frage: Können **wir** ohne "deutsche Nation" auskommen?

Wie wäre es, wenn die Nationen völlig verschwänden, sich die Völker ständig weitervermischten (insbesondere die Arbeiterbewegungen aller Länder), sodaß das deutsche Volk und andere Völker irgendwann verschwänden - brauchten wir dann noch Nationalstaaten?

Wie wäre es, wenn die Völker gemeinsam **alle** Gesellschaftsordnungen, aus denen Ausbeutung und Krieg hervorgehen, endgültig auf den Misthaufen der Geschichte würfen?

Wie wäre es, wenn **wir** in Deutschland Ost und Deutschland West mit der Vermischung schon mal anfangen und uns mit Türken, Spaniern, Italienern, mit Russen, Polen, Jugoslawen oder Bulgaren kräftig vermischen - wär das nicht schön?



Aber bis die Utopie Wirklichkeit geworden ist, werden **wir** uns wohl oder übel noch innerhalb der nationalen Grenzen mit den Kräften der Reaktion herumschlagen müssen, und zwar wir Deutsche halt in zwei Staaten. Die 'drüben' eben dort, wir 'bei uns' nun mal hier. Und wenn wir dann dort und hier eine Gesellschaftsordnung haben, die der eben utopisch ausgemalten annähernd nahekommt - dann könnten wir ja mal drüber abstimmen, ob wir vorübergehend noch einen gemeinsamen Staat brauchen oder wollen. Vorher scheint uns hierfür kein "Handlungsbedarf" zu bestehen. Na denn.

Der Wahlerfolg der Republikaner

Stimmen für die Faschisten nicht verharmlosen

Der Erfolg der Republikaner kam insofern unerwartet, als nach den relativen Wahlniederlagen dieser Partei gegenüber dem Bündnis von DVU und NPD bei den Wahlen in Bremen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein es so schien, als seien die Republikaner außerhalb Bayerns nicht in der Lage, das wachsende Wählerpotential rechts von den Unionsparteien ausreichend zu mobilisieren. Die Führungsrolle in der Sammlungsbewegung der faschistischen und ultrakonservativ-nationalistischen Kräfte schien zunächst einmal eindeutig auf die Koalition von DVU und NPD übergegangen.

Die Republikaner wurden 1983 gegründet im Zusammenhang mit der Vermittlerrolle von Franz-Josef Strauß beim Milliardenkredit an die DDR. Initiativ für die Parteigründung waren die ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt.

Als Dritter stieß Franz Schönhuber zur ersten Führung der Rechtspartei.

Der ehemalige Waffen-SSler Schönhuber war bis 1982 Hauptabteilungsleiter beim Bayrischen Fernsehen. Ihm wurde bei Zahlung einer Abfindung von 300000 DM gekündigt, nachdem er in seinem Buch "Ich war dabei" den Kampf der Waffen-SS



KARIKATUR: SCHOENEFELD/HAMBURGER ABENDBLATT

gegen den "Bolschewismus" und für ein "faschistisches Europa" idealisiert hatte.

1985 traten Handlos und Voigt aus der Partei aus. Sie warfen Schönhuber vor, die Republikaner mit NPD-Mitgliedern zu unterwandern.

Nach Schönhubers fragwürdigen Angaben soll die Partei derzeit 8500 Mitglieder haben. Schönhuber selbst legt Wert darauf, den faschistischen Charakter der Republikaner zu bestreiten. Unterstützt wird er dabei durch die Bundesregierung und den Verfassungsschutz, denen zufolge über die

Republikaner keine "verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse" vorliegen. Das 1987 beschlossene Programm der Republikaner aber transportiert alle wesentlichen Inhalte faschistischer Programmatik. Das gilt insbesondere für die rassistische Hetze gegen AusländerInnen. "Um Mißbrauch und Schaden deutscher Bürger, ihrer Sicherheit und ihres Gemeinwesens zu verhindern", fordern die Republikaner, daß unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalte und Sozialleistungsansprüche ausgeschlossen werden. Die Republikaner treten für die Wiedervereinigung unter Einschluß der ehemaligen deutschen Ostgebiete ein. Sie fordern eine

"starke Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei als legale Organe zur Ausübung des Gewaltmonopols eines souveränen deutschen Staates". Das "Programm zur Bekämpfung der Kriminalität" wendet sich gegen den "liberalistischen Geist" und den "Sittenverfall" und setzt sich zum Ziel, "den gesunden Teil des deutschen Volkes zu schützen".

Wirtschaftspolitisch vertreten die Republikaner den "freien Kapitalismus" mit den zentralen Werten Privateigentum, Leistung, Marktwirtschaft, gegen staatliche Unternehm-

gen und Subventionen. Andererseits wollen die Republikaner "für eine Änderung des Bewußtseins Sorge tragen, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Arbeitenden hergestellt" wird.

Den Gewerkschaften wird ganz in der Tradition der faschistischen Betriebsgemeinschaft als Aufgabenfeld "das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen der Arbeitsstätten" zugeordnet. Für Erwerbslose soll es "Recht auf Unterstützung" nur in Verbindung mit der "Pflicht zur Arbeit" geben, was früher Arbeitsdienst hieß.

Von der Betriebsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft: "Individuelle Rechte und gemein-

schaftsbezogene Pflichten müssen wieder in Einklang stehen...Staatsräson und Gemeinwohl haben Vorrang vor Parteiräson und Gruppeninteresse."

Entsprechend den programmatischen Übereinstimmungen sind die Auseinandersetzungen zwischen NPD und Republikanern nicht grundsätzlicher Natur.

Schönhuber wirft der NPD hauptsächlich vor, sich nicht vom Odium des "Ewiggestrigen" befreit zu haben. NPD und DVU kritisieren die Republikaner hauptsächlich unter dem Aspekt der Spaltung des "Nationalen Lagers". Der NPD-Vorsitzende Mußnug sprach sich noch unlängst für eine Koope-

ration mit den Republikanern aus, die in vielen Orten stattfindet.

Den Republikanern und Schönhuber geht es darum, die Identifizierung mit dem traditionellen faschistischen Lager zu vermeiden, um Einwirkungsmöglichkeiten auf konservative Wähler und den rechten Flügel der Unionsparteien zu behaupten, bzw. zu entwickeln.

Gerade für das Berliner Wahlergebnis der Republikaner könnte das eine Rolle gespielt haben; denn in Berlin gibt es tatsächlich zwischen Republikanern und CDU relativ starke Verbindungen. Der Westberliner Landesverband der Republikaner wurde 1987 gegründet, als der ehemalige Kreisvor-

Druckwerk.

ANZEIGE



druckwerk Satz- und Druckkollektiv

Wellinghofer Straße 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 43 18 21

sitzende der Jungen Union Pagel mit 33 weiteren Mitgliedern die CDU verließ. Der derzeitige Landesvorsitzende der Republikaner Andres war früher Mitglied der CDU. Auf der Kandidatenliste standen mit Pagel, Motschmann, Domeyer u.a. alles ehemalige Mitglieder der Jungen Union Berlin.

Noch bedeutsamer ist die Rolle des Lummer-Flügels in der Westberliner CDU. Wenn laut einer Infas-Untersuchung 13% der Westberliner die "Ausländerfrage" für die wichtigste Frage halten, ist das nicht zuletzt auf das Wirken des früheren Westberliner Innensenators und jetzigen Bundestagsabgeordneten zurückzuführen. Er vertritt nicht nur weitgehend ähnliche Positionen wie die Republikaner und andere faschistische Organisationen. Er ist auch bekannt für direkte Kontakte zur faschistischen Szene. Vor einiger Zeit war Gegenstand parlamentarischer Untersuchung, daß Lummer 1971 eine faschistische Gruppierung mit 2000DM unterstützte, die sich dann durch die Zerstörung von SPD-Wahlplakaten hervortat.

Außer diesen Querverbindungen zur CDU scheint es einen organisierten Anhang der Republikaner in Westberliner Polizeikreisen zu geben. Außer dem Landesvorsitzenden, dem Polizeiobermeister Bernhard Andres, standen fünf weitere Polizeibeamte auf der Landesliste der Republikaner. Gerüchteweise sollen sich ganze Polizeiabteilungen auf eine Wahl der Republikaner verständigt ha-

ben. Die Republikaner betonen immer wieder, daß sie sich besonders an Angehörige der Bundeswehr, von Bundesgrenzschutz und Polizei wenden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Einflußnahme der Republikaner sind die revanchistischen Vertriebenenverbände und die Flüchtlingsorganisationen. Einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden, Professor Schlee, war früher Chef der Landsmannschaft Mecklenburg, Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen, bis 1985 Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in Kiel.

Im Westberliner Wahlkampf haben die Republikaner außer Plakaten eine Briefkastenzeitung (angebliche Auflage 250000) eingesetzt und einen Fernsehspot: Unterlegt von der Melodie "Spiel mir das Lied vom Tod" wurden Bilder von in Berlin lebenden AusländerInnen ge-

zeigt, unterbrochen durch Einblendungen der Mauer, von Baustellen und Ruinen und anderen 'Verfallserscheinungen'. Selbst die Ausländerbeauftragte des Westberliner Senats (CDU) erstattete Strafanzeige wegen Volksverhetzung. Der Werbespot wurde zunächst abgesetzt, die Republikaner konnten seine Ausstrahlung aber gerichtlich durchsetzen.

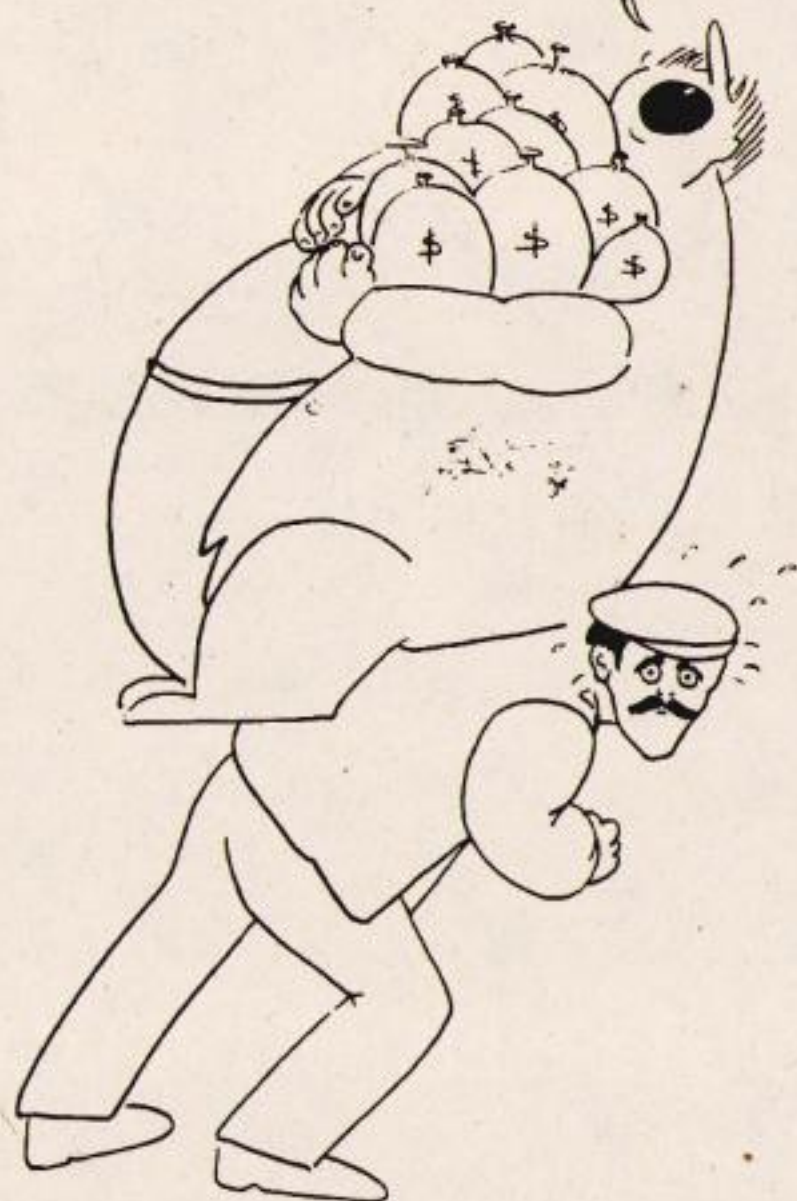
Die Republikaner erzielten ihre höchsten Stimmengewinne in Bezirken mit schlechter Wohnsituation, hoher Erwerbslosigkeit, hohem Ausländeranteil (Wedding 9,9%, Neukölln 9,6%).

Im 'Nobelbezirk' Zehlendorf erzielten sie mit 4,3% ihr schlechtestes Ergebnis.

Über die tatsächliche soziale Zusammensetzung der Republikaner sagt das aber noch nichts Genaues. Es zeigt aber, daß die Verschärfung der sozialen Krisenprobleme ein Klima schafft, in dem vorhandene reaktionäre Vorurteile sich nach rechts radikalieren bzw. radikalieren lassen. Es ist mehr als oberflächlich, wenn das Wahlergebnis für die Republikaner als "Denkzettelwahl" heruntergespielt wird. Damit wird unterstellt, es gehe gar nicht um rassistische und faschistische Inhalte, sondern nur um eine rein formelle Artikulation von Unzufriedenheit. Eine Partei, die sich in der Öffentlichkeit vor allem durch rassistische Hetze profiliert, wird nicht einfach gewählt, weil sie auch gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit auftritt.

Sie wird von Leuten gewählt, die Arbeitsplätze

TÜRKEN RAUS....



und Wohnungen durch die Vertreibung der AusländerInnen "freimachen" wollen. Es geht um rassistische und faschistische Einstellungen und nicht um einen politisch inhaltslosen Protest.

Die letzten Landtags- und Kommunalwahlen haben

wortlichen für die Erfolge der Faschisten. Sie machen die Inhalte in der öffentlichen Debatte diskutabel, die die Faschisten ins Zentrum ihrer Kampagnen stellen.

Stichwortgeber der Faschisten und die breite Mobilisierung gegen die faschistischen Organisationen selbst. Die Argumentation etwa, erst die antifaschistische Gegenwehr habe den Republikanern in Berlin zu dem hohen Bekanntheitsgrad verholfen, der ihr Wahlergebnis ermöglichte, ist in hohem Maß illusionär.

Nicht erst die Berliner Wahlen haben gezeigt, daß es ein faschistisches Potential gibt. Es verschwindet nicht, indem man nicht daran rührt. Es gilt, ihm offensiv zu begegnen. Daß sich noch in der Wahlnacht Tausende zu einer Protestdemonstration gegen die Faschisten versammelten, war die wohl beste Nachricht der Wahlnacht.

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der SoZ)

ZURÜCK KOMMEN

FAHREN



gezeigt, daß dieses politische Potential wächst. Es gibt mit den Republikanern und der NPD/DVU die Kräfte, die in der Lage sind, dieses Potential zu mobilisieren.

Wer verhindern will, daß dieser faschistische Sammlungs- und Formierungsprozeß zum Erfolg führt, muß rassistische und nationalistische Inhalte, aber auch die Propaganda des "starken Staates" und des "kurzen Prozesses" bekämpfen.

Zimmermann, Lummer, Dregger, Todenhöfer, usw. sind die wirklich Verant-

Diese Stichwortgeber der Faschisten in den Unionsparteien bedienen sich der faschistischen Organisationen heute schon ungeübt als Hilfstruppen, indem sie jeden Wahlerfolg der Faschisten als Druckmittel nutzen, um eine weitere Anpassung der Unionsparteien an rassistische und ultra-reaktionäre Programmatik durchzusetzen, was die Faschisten wiederum stärker ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion rücken und ihren Handlungsspielraum entsprechend erweitern würde.

Notwendig ist der Kampf gegen die konservativen

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortlich und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P. Norbert Göltzer, Michaelstr. 14, 435 Recklinghausen, Tel.: 02361-735831

Redaktionsanschrift: AntifaZ, Altstadt-schmiede, Kellerstr. 10, 435 Recklinghausen

Redaktionssitzung: Mittwochs 17.00 Uhr
Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen, BLZ 426 500 30, Konto:

1 000 282 99
Auflage: 500

Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T., Martin, Eckhard, Lothar, Volker H., Petra
Druck: Druckwerk, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund -30

Gründung eines DVU-Landesverbandes NRW wurde verhindert!

Während in anderen Bundesländern schon Landesverbände der "Deutschen Volksunion - Liste D" gegründet werden konnten, wurde den Faschisten am Sonntag, dem 22. Januar, in Schwelm die Suppe gründlich versalzen.

Mitglieder des Antifaschistischen Bundes Recklinghausen waren in Schwelm dabei und gaben uns folgenden Bericht: Erst am Freitagabend erfuhren wir, daß für Sonntag in Schwelm die Gründung eines DVU-Landesverbandes geplant sei. Um 13.00 Uhr sollte die Versammlung beginnen.

DVU-Vorsitzender Dr. Frey wollte zum Thema "Die Schicksalswahl des 18. Juni 1989" sprechen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Veranstaltungsortes verabredeten verschiedene politische Gruppen wie VVN-BdA, DGB, SPD und Grüne für 10.00 Uhr eine antifaschistische Gegenkundgebung vor dem Lokal.

Der Gastwirt hatte nach eigenem Bekunden erst durch die DVU-Postwurfsendung erfahren, wen er zu "Gast" haben sollte.

Zuerst wird überlegt, ob sich die Antifaschisten nicht schon möglichst früh in der Gaststätte versammeln sollten - doch allein darauf zu bauen wäre sicher eine böse Falle geworden.

Da jedoch die antifaschistischen Kontakte im Ruhrgebiet inzwischen gut funktionieren, war in sehr kurzer Zeit eine sehr große Zahl informiert. Alle - einschließlich des Wirtes - sind sich einig, daß die Gründung eines DVU-Landesverbandes verhindert werden muß.

Am Samstag erscheint in der örtlichen Presse eine viertelseitige Anzeige der IG Metall (die Recklinghäuser Antifaschisten hörten dies angesichts der halbherzigen Haltung seitens Recklinghäuser Gewerkschaftskreise im Kampf gegen Nazis voller Freude) und ein Aufruf der Ratsparteien zur Kundgebung, unterzeichnet vom Bürgermeister (SPD) und seinem Stellvertreter (CDU). In der Innenstadt informieren VVN, Gewerk-

schafter und die Grünen über die DVU und rufen zur Gegenkundgebung auf.

Der Gastwirt kündigt in einem Telegramm an die DVU den Mietvertrag auf, woraufhin die DVU eine einstweilige Verfügung erwirkt: Dem Wirt wird eine Schadensersatzforderung von 500000 DM (!) angedroht.

Am Sonntag sind schon in aller Frühe mehrere hundert Antifaschisten am Kundgebungsort vor der Gaststätte.

Die Polizei erscheint mit starken Kräften, allerdings erst kurz nach halb zehn. Unter dem Eindruck der ständig wachsenden Zahl von Kundgebungsteilnehmern sichern sie zu, Menschenketten vor dem Haus nicht zu sprengen (!).

Die Gruppe der Recklinghäuser kommt so gegen 10.00 Uhr am Kundgebungsplatz an - wir sind begeistert über die große Zahl der Antifaschisten - nach unserer Schätzung sind es schon jetzt einige Tausende. Die offizielle Zahl der Teilnehmer wird später auf 3000 geschätzt.

Im folgenden wird die Aktion über einen Lautsprecherwagen der IG Metall koordiniert - von einem Sprecher, den wir gern kennengelernt hätten, konnte er doch durch Witz, aufmunternde Sätze, kurze Ansprachen, die stets den gemeinsamen Kampf betonten, der gesamten Aktion einen zusätzlichen positiven Anstrich geben.

Sicher - einige autonome Freunde waren mit dieser Art der Leitung nicht sehr einverstanden, meinten sie doch, daß ohne ihre 'kämpferische Wachsamkeit' die übrigen Kundgebungsteilnehmer wahrscheinlich alle Faschisten widerstandslos in die Gaststätte hineinkommen lassen hätten.

Die überwältigende Mehrheit der Anwesenden sperrte durch dichte Menschenketten die Gaststätte nach allen Seiten ab, sodaß kein einziger der Faschisten hineinkam.

Und es waren nicht wenige, die in kleinen Trupps von zwei bis fünf Leuten immer wieder versuchten, irgendwo ei-

ne Lücke zu finden.

Aber alle Versuche wurden mit 'sanfter Gewalt' zurückgewiesen: Näherte sich so ein Trupp, war er im Nu von einer Gruppe von Antifaschisten umringt, die ihn mit deutlichen Worten nach Hause schickten - deutliche Worte reichten angesichts der großen Zahl der Teilnehmer an der Gegenkundgebung und angesichts der hier praktizierten Polizeitaktik, den Faschisten keine Gasse freizuprügeln - beim Bundesparteitag der NPD in Rhaden sah das schon wieder ganz anders aus.

Trotz aller Differenzen in der Frage des (scheinbaren) Gegensatzes 'friedlich oder mit Gewalt' gegen die Faschisten waren sich an diesem Tag aber alle einig darin, daß die Verhinderung dieser Veranstaltung ein großer Erfolg war.

Erfreulich war auch die Breite des Bündnisses an diesem Tag, selbst CDU- und Junge Union-Mitglieder waren anwesend, Pfadfinder vom CVJM, Gewerkschafter, viele ausländische Kollegen, sowie unterschiedlichste Gruppen des linken Spektrums.

Einen besonderen "Höhepunkt" fand die Aktion gegen 12.00 Uhr, als sich ein Trupp von ca. 30 FAP-Leuten der Kundgebung nähert. Ihr Erscheinen war von einigen Taxifahrern bereits angekündigt worden. Sie waren offensichtlich von einer Gruppe von DVU'ern angesprochen worden, um als 'Kampfgruppe' mit Gewalt einen Zutritt freizuprügeln - aber welch hoffnungsloses Unterfangen an diesem Tag!

Sie kamen nicht einmal in die Nähe des

Kundgebungsplatzes - zum einen riegelte die Polizei die Straße ab, zum anderen wurden sie von der Straßenseite mit einem Hagel von Lehmklumpen eingedeckt, den autonome Freunde auf sie niederprasseln ließen. Das reizte dann wiederum eine Reihe von Polizisten, die ein paar Autonome festhielten, anschließend aber, nach dem fluchtartigen Verschwinden der FAP-ler, wieder freiließen.

Die anmarschierenden FAP-ler waren übrigens nahezu identisch mit der Dortmunder Borussenfront (SS-Sigi haben wir allerdings nicht entdeckt).

Gegen 14.00 Uhr sagte die DVU die Veranstaltung offiziell ab. Der IG-Metall-Bevollmächtigte und der Bürgermeister halten kurze Ansprachen, in denen sie hervorheben, daß nur die Breite des Bündnisses die Gründung des Landesverbandes verhinderte.

Das ist auch die Meinung der Recklinghäuser Antifaschisten:

Ohne die klaren und eindeutigen Stellungnahmen der Schwelmer Ratsparteien hätte die Polizei mit einiger Sicherheit eine andere Taktik eingeschlagen! Sicher hat auch die breite Empörung über die bundesweite Postwurfsendung der DVU, die noch allen in frischer Erinnerung war, dazu beigetragen, daß solch ein Bündnis zustande kam.

Auch die kontinuierliche Arbeit des antifaschistischen Bündnisses in der Region um Schwelm (z.B. im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel) hat sicherlich geholfen.

ANZEIGE



"Gebrüder Eichengrünstraße"

Wie man in Dülmen einen jüdischen Straßennamen verhindert

Anfang November letzten Jahres feierte das Dülmener Modehaus Ahlert sein 50-jähriges Bestehen.

Vor 50 Jahren war das alteingesessene Textilgeschäft der jüdischen Gebrüder Eichengrün übernommen worden. Diese kamen so der 'Zwangssarisierung' zuvor und emigrierten.

Aus diesem Anlaß und zu Ehren dieser ehemaligen Dülmener Bürger stellte die Fraktion "Die Grünen" Ende Oktober letzten Jahres den Antrag, die "Alte Borkenerstraße, (eine Straße in unmittelbarer Nähe des Modehauses), in "Gebrüder Eichengrünstraße" umzubenennen.

Mitte Dezember 1988 wurde der Antrag dem Rat vorgelegt: Verwaltung, CDU, SPD, und Unabhängige Wählergemeinschaft meinten in trauter Eintracht, dieser Antrag

müsse zunächst einmal zur eingehenden Beratung in den Bauausschuß, was durchaus seine Berechtigung hat, denn der Bauausschuß berät auch über Straßenbenennungen.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft meinte, auch der Kulturausschuß müsse beteiligt werden. Dieser hat zwar überhaupt nichts mit Straßennamen zu tun, aber CDU und SPD unterstützten auch diese eklatante 'Abschiebung'.

Die Fraktion "Die Grünen" vertrat dazu die Ansicht, daß ein mögliches "Zerreden" ihres Anliegens in den Ausschüssen die Folge sein könnte.

Bisher geschah folgendes: Kultur- und Bauausschuß haben dieses Jahr bereits je zweimal getagt, ohne den Antrag der Grünen auf der Tagesordnung zu haben!

Der Kulturausschuß, Vor-

sitzende ist Frau Nitschke, UWG, wird sich im Mai (!) damit beschäftigen.

Warum der Antrag auf Straßenumbenennung auf die lange Bank geschoben wird, sieht Grünen-Fraktionssprecher G. Guballa so:

"Wir wagen die Prophezeiung, daß in der Zwischenzeit ein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird. Statt der Umbenennung der "Alten Borkener Straße" wird die Verwaltung eine Aufwertung des alten jüdischen Friedhofes, sowie die Anbringung einer Tafel mit den Namen aller ehemaligen jüdischen Bürger Dülmens vorschlagen. Wetten daß.....?!"

Wir finden, daß beide Ideen, unser Antrag, sowie eine gestalterische Aufbesserung des ehemaligen jüdischen Friedhofs verwirklicht werden sollten."



Deutsch-Kurdischer Freundeskreis Dülmen

Asylrecht ist Grundrecht

Der Deutsch-Kurdische Freundeskreis Dülmen hat sich in einer Sonder-sitzung mit den in letzter Zeit in Dülmen aufgetauchten Druckschriften der Deutschen Volksunion Liste D auseinander-gesetzt und dazu folgen-den Beschluß gefaßt:

Diese Druckschriften erinnern in Wortwahl und Aussage an nationalistische Propaganda, die schon vor und nach 1933 zum Ziel hatte, bestimmte Bevölkerungsgruppen für die wirtschaftliche Situation verantwortlich zu machen. Die Auswirkungen dieser Politik hatten 55 Millionen Tote zur Folge.

Wir sind Bürger eines Staates, in dem das Asylrecht ein Grundrecht ist. In der Vergangenheit haben hunderttausende Deutscher dieses Recht in aller Welt in Anspruch genommen. Zu ihnen zählten auch der spätere regierende Berliner Bürgermeister Ernst Reuter, der 1943 mit seiner Familie Schutz vor der NS-Verfolgung in der Türkei fand. Er z.B. würde in unserem heutigen Deutschland unter ähnlichen Bedingungen kein Asyl gewährt bekommen. Unsere Betroffenheit und Solidarität gehören unseren ausländischen Mitbürgern, die durch solche

auf dem Postwege zugestellten Sendungen beleidigt und in unverantwortlicher Weise für die wirtschaftliche Situation in der BRD in Anspruch genommen werden.

Die in dem Druckwerk dargestellten, pseudowissenschaftlichen Aussagen über den Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialsituationen verschiedenster Bevölkerungsgruppen und -schichten und den ausländischen Mitbürgern entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Sie zielen einzig und allein auf eine emotionalisierte Atmosphäre mit Schuldzuweisungen an Ausländer im Europawahlkampf ab, statt sich mit den wirklichen Gründen für die Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen Menschen, das Bauernsterben, die neue Armut auseinanderzusetzen.

Mit Begriffen wie "treueste Mitglieder unseres Volkes" werden künstlich Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen geschaffen, als ob es im Zusammenhang mit Ansprüchen an den Staat unterschiedliche Rechte gäbe. Fern jeder Moral betreiben die Verfasser dieses Druckwerkes eine Hetzkampagne gegen ausländische Mitbürger, Flüchtlinge und

Andersdenkende - ständig bemüht, die Moral für sich selbst zu reklamieren.

Wenn die Idee eines geeinten Europas in der alltäglichen Politik immer mehr an Bedeutung gewinnt, so müssen wir uns mit dem Gedanken endlich vertraut machen, daß alle beteiligten Völker Europas mit den gleichen Rechten zu dieser Gemeinschaft gehören. Dabei stehen weder erhöhte Exportchancen

noch rücksichtslose einseitige Vertretung deutscher Interessen im Parlament Europas auf dem Plan politischer Zukunft. Es kann nur ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander der Völker in einem gemeinsamen Europa geben. Die in dem Druckwerk angebotenen Werbegeschenke mit eindeutig nationalistischem Charakter sollen offensichtlich verhindern, daß aufgeklärtes politisches Bewußtsein in der Bevölkerung entsteht und soll gleichzeitig einer irrationalen nationalistischen Stimmungsdiensten. Jeder demokratisch denkende Bürger sollte solchen Versuchen aktiv entgegenzutreten.

Der evangelische Pfarrer Martin Niemöller, vom Nazi-Regime verfolgt und in einem KZ inhaft-

tiert, hat nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus über seinen eigenen Widerstand gesagt:

"Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es kei-

nen mehr, der protestieren konnte."

Der Deutsch Kurdische Freundeskreis Dülmen appelliert an die große Zahl demokratisch denkender Bürger:

"Wehret den Anfängen!"

Neues vom kurdischen Befreiungskampf in Kurdistan und in der BRD

Ende Januar griffen Einheiten der Volksbefreiungsarmee (ARGK) wirtschaftliche Ziele der türkischen Kolonialisten an. Am 27. Januar wurde ein teilweise staatliches gefördertes Kohlebergwerk in der Nähe von Sirnak (Provinz Siirt) von den ARGK-Kräften angegriffen.

Im Bergwerk benutzte Maschinen und Werkzeuge wurden außer Funktion gesetzt und der dort vorhandene Sprengstoff wurde beschlagnahmt.

Die Mine war dem Stammesführer Alihan Tatar vom Staat übergeben worden; als Gegenleistung hatte dieser sich verpflichtet, das 'Dorfschützersystem' in dieser Region auszubauen.

Am selben Tag wurden in der Nähe von Cizre und Idil in der Provinz Mardin acht Militärfahrzeuge, die Öl für die Militärs transportierten, attackiert und, nachdem man die Fahrer herausgeholt hatte, in Brand gesetzt.

Am 6. Februar 1989 griff eine ARGK-Einheit eine

mobile Gendarmeriestation, die auf dem Weg zu Operationen in Sirnak war, mit Panzerfäusten an. Fünf Soldaten und ein Unteroffizier der Kolonialisten wurden getötet, ein militärisches Fahrzeug wurde zerstört.

(Kurdistan-Rundbrief
4/89)

Keine Räume für Kurden

Von der Stadt Gelsenkirchen wurden Räume für die Durchführung des kurdischen Neujahrsfestes (Newroz=neues Licht) Ende Februar verweigert. Die Veranstaltung war von einem Kurden als Kulturveranstaltung angemeldet worden. Bestand anfangs die Ablehnung der Stadt darin, daß keine Vertrauensbasis mehr gegeben sei, weil in Wirklichkeit für die kurdische Volksbefreiungsfront (ERNK) geworben werden solle,

so schrieb die Stadt im Verfahren um einstweiligen Rechtsschutz, daß das "Fest zum Anlaß für eine Kundgebung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und der für sie tätigen ERNK genommen werden" solle. Es wird auf Verfassungsschutzberichte verwiesen, "zu denen ein Kommentar sich erübrigt".

Weiterhin wird auf Asylanträge von PKK-Anhängern verwiesen. Danach handele es sich um eine Vereinigung, die unter §6 Absatz 3 des Ausländergesetzes falle, wonach die politische Betätigung von Ausländern unerlaubt sei, wenn diese bestimmt ist, Parteien etc. außerhalb des Grundgesetzes zu fördern, die mit Verfassungsgrundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Verfassungsfeindliche Organisationen haben als Mieter auszuscheiden. Das Verwaltungsgericht hat den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung abgelehnt. Eine Begründung hierzu soll noch folgen.

Verkauf von Daten iranischer Flüchtlinge

Bei der Besetzung des iranischen Konsulats in Genf durch Sympathisanten der Volksfedayin Irans/Minderheit wurden, wie in der letzten AntifaZ gemeldet, enthüllende Dokumente beschlagnahmt und auf einer Pressekonferenz der OGFPI in Paris vor einigen Tagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wir beginnen mit einem Dokument über den Verkauf von Flüchtlingsdaten. Die merkwürdige Gedankenabfolge ist kein Verschulden unserer Übersetzung, wir haben uns nur bemüht, die verworrene Darstellungsweise des Konsuls im persischen Original in der Übersetzung beizubehalten.

"Genf den 22.9.1367 (1988). Streng geheim. Außenministerium, 16. Verwaltung des erlauchten Sekretariats für Rechts- und konsularische Angelegenheiten. Vor kurzem habe ich einen Schweizer Rechtsanwalt durch Vermittlung eines hier ansässigen Iraners getroffen. Der erwähnte Rechtsanwalt erklärte, daß er aufgrund seiner genauen Kenntnisse der Schweizer Polizei und seines Einflusses auf selbige, komplette Namensverzeichnisse iranischer Flüchtlinge, seien es Flüchtlinge aus politischen, religiösen oder diffusen Gründen, mit vollständigen Daten, d.h. den jeweilig angegebenen Fluchtgründen, Adresse,



Beruf, von der Polizei erhalten und zur Verfügung stellen könne.

Der Preis für die Beschaffung des Verzeichnisses, das mehr als 5000 Namen umfaßt, beträgt ungefähr 5000 Schweizer Franken. Bei den Verhandlungen mit ihm habe ich ihm erklärt, daß ich den Preis erst nach Erhalt der Liste bezahlen würde. Irgendeine Voraus- oder Anzahlung wurde nicht geleistet.

Der genannte Rechtsanwalt hat diese Bedingung akzeptiert und es wurde verabredet, daß er mir die erwähnte Liste

in der nächsten Woche zur Verfügung stellen sollte. Nach der Fortsetzung davon (was das heißen soll, weiß der erlauchte Generalkonsul allein, d. Übersetzer) wird durch einen vorhandenen Vermittler die Summe von 5000 Schweizer Franken erhalten.

Es wird darum gebeten, daß die Stellungnahme Ihres erlauchten Sekretariats per Telex meiner Wenigkeit übermittelt wird. Mit Respekt. Generalkonsul der Islamischen Republik in Genf. Manutscheher Tale."

Besetzer des iranischen Konsulats wieder frei

Die am 14. Dezember letzten Jahres festgenommenen Besetzer des Khomeini-Konsulats in Genf sind seit zwei Wochen wieder frei. Auf einer Solidaritätsveranstaltung für die politischen Gefangenen im Iran, durchgeführt durch die Recklinghäuser Koordination für Internationale Solidarität und Menschenrechte, berichteten Genossen der OIPFG, daß ohne größere juristische Nervereien die Iraner aus der Schweizer Haft entlassen wurden, nachdem Auszüge aus den bei der Aktion beschlagnahmten Dokumente in verschiedenen Schweizer Zeitungen veröffentlicht worden waren. Die Lust auf größeres Prozessieren war den eidgenössischen Organen vergangen - der Inhalt dieser Dokumente ist zu kompromittierend.

Die iranischen Genossen waren natürlich etwas enttäuscht über die mit 25 Personen etwas sehr niedrige Beteiligung von westdeutscher und türkischer Seite angesichts der Hinrichtungswellen im Iran; selbst am nesty international redet ja mittlerweile von mindestens 1000 jüngst Hingerichteten. Die Veranstaltungsteilnehmer beschlossen für eine weitere Iran-Veranstaltung Ende März besser zu mobilisieren und die Unterstützung zu ver-

stärken. Ein höchst erfreuliches Zeichen war immerhin, daß die Rote Hilfe sich mit 500DM an der Finanzierung der Betreuung der in Genf einsitzenden Leute beteiligt hat.



Veranstaltungsankündigung:

Hanne Hiob und Esther Bejerano in Recklinghausen

Im Rahmen einer breiten Kampagne gegen faschistische Wahlkandidaturen und für das Verbot aller faschistischen Organisationen findet in Recklinghausen am **17. März um 19.00 Uhr** in der **Aula der Kollegschule Am Kuniberg** eine Antifaschistische Veranstaltung statt. Die Organisatoren wählten das Motto: **"Gegen Neofaschismus - für Völkerfreundschaft!"**

Auf Initiative des Verlages "Neuer Weg" und des Antifaschistischen Bundes Recklinghausen waren eine beträchtliche Zahl Organisationen bereit, die Veranstaltung mitzuorganisieren, so die Grünen, die Jungsozialisten, die MLPD, die VVN/BdA, das Flüchtlingskomitee Datteln, der Flüchtlingsrat Recklinghausen, der Deutsch-Türkische Verein, die Sympathisanten der Volksfedayin Irans (OIPFG), amnesty international und weitere.

Lesung und Konzert werden nach dem Wunsch der Veranstalter ein Höhepunkt in der antifaschistischen Arbeit in Recklinghausen, treten doch mit **Hanne Hiob**, einer Tochter Bert Brechts, und **Esther Bejerano**, einem ehemaligen Mitglied des 'Mädchenorchesters' in Auschwitz, zwei großartige antifaschistische Künstlerinnen auf, von deren reichen Erfahrungen wir nur lernen können.

Hanne Hiob liest aus dem Buch **"Erkämpft das Menschenrecht - Letzte Briefe aus Konzentrationslagern"** und Esther Bejerano singt und spielt mit ihrer Gruppe **"Siebensöhn"** Lieder aus dem antifaschistischen Widerstand in deutscher und jiddischer Sprache.

Den zweiten Teil der Veranstaltung wird ein Meinungsaustausch mit dem Publikum ausmachen, in dem es vor allem um die Frage geht, welche Lehren wir für **heute** aus den Erfahrungen des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus ziehen können.

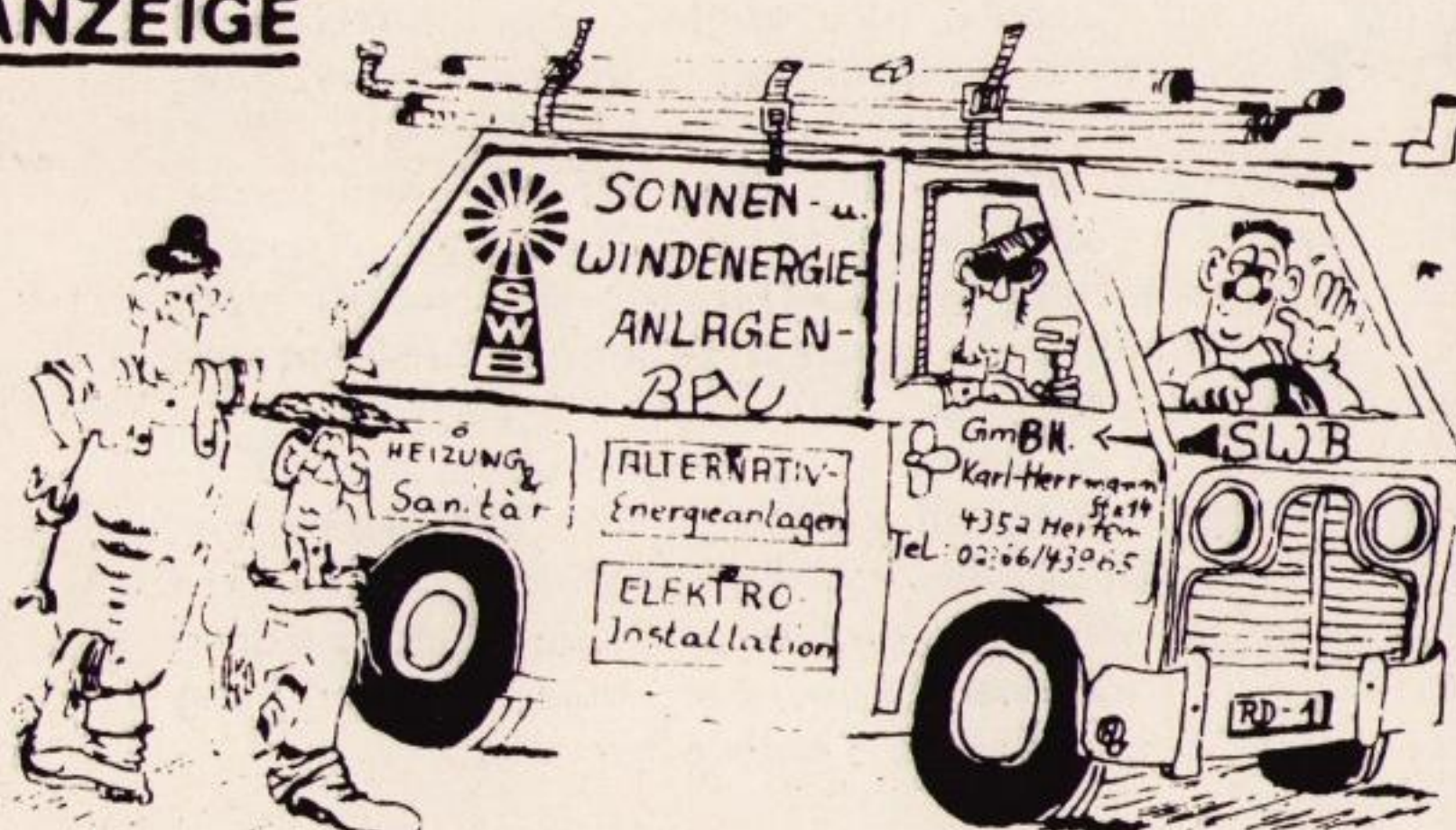
Geplant ist die Verabschiedung einer **"Erklärung Recklinghäuser Demokraten"** gegen den zunehmenden Einfluß des Neofaschismus.

Eintrittskarten für die Veranstaltung sind bei den Recklinghäuser Buchläden und bei der Redaktion der **AnifaZ**, sowie natürlich bei den veranstaltenden Organisationen erhältlich.

Noch einmal der Termin:

Freitag, 17. März, 19.00 Uhr, Aula der Kollegschule am Kuniberg.

ANZEIGE



ANTIFAZ

6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM

ANZEIGENPREISLISTE

1/4 Seite	DM 30.-
1/2 Seite	DM 50.-
1/1 Seite	DM 100.-

Blick nach draußen

Kiel, 20.1.1989

Die Nummer 3 der ATZE (Antifaschistische Zeitung) porträtiert die Nazi-Terroristen der FAP und beschreibt deren Aktivitäten in Kiel.

Es folgt ein Bericht über die Gründung des Landesverbandes Schleswig-Holstein der DVU - Liste D. Die Bürgerinitiative in Kiel-Süd wird interviewt.

Ein Diskussionsartikel setzt sich mit der These auseinander, jede Kritik am Staate Israel sei Antisemitismus.

Zu beziehen ist die ATZE über das Initiativenzentrum Schwefelstr. 6 in Kiel.

Schleswig, 25.1.1989

Ende November 1988 hatte Heinz Mahnke aus Tönning zu einer Versammlung nach Neumünster eingeladen. Die "Freie Bauern- und Landvolk-Initiative" sollte gegründet werden. Vom NPD-Landesvorstand waren P. Petersen, H. Mahnke und andere anwesend. In dem Einladungsschreiben hieß es:

"Als Folge einer verfehlten, die Bauern schädigenden Politik wird die Lage der deutschen Bauern immer bedrohlicher. Politische Forderungen allein helfen so wenig, wie standesorientierte Verbandsklagen. Deshalb schlagen wir die Gründung einer "Freien Bauern- und Landvolk-Initiative" vor, die als Selbsthilfe-Organisation zugleich auch Direktvermarktung bei natur- und gesundheitsbewußten Verbrauchern fördern will."

Die schwarze Bauernfahne der Landvolk-Bewegung, im Besitz des Faschisten Thies Christophersen, wurde vom NPD-Ehrevorsitzenden P. Petersen getragen.

Der Verband wurde gegründet. Die NPD-Mitglieder hielten sich auffallend zurück. Anwesende Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Bauernbundes waren sich der Zielsetzung dieser Vereinigung unsicher und enthielten sich.



Besigheim, 22.1.1989

In Besigheim, einem kleinen Ort in der Nähe von Ludwigsburg, sprengten am 3. Adventswochenende fünf Jungnazis ein im Jugendhaus stattfindendes Rockkonzert. Sie trugen Bomberjacken und Springerstiefel. Die meisten der jugendlichen Konzertteilnehmer verfolgten das Geschehen mehr oder weniger interessiert, mischten sich aber in die Auseinandersetzung nicht ein.



Düsseldorf, 20.1.1989

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 10.2. einen Beschluß zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer gefaßt.

Darin tritt sie für eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes bis zu den Kommunalwahlen 1994 ein, die es den "ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern" ermöglicht, an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Bisher hatte die SPD-NRW eindeutig nur ein Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer gefordert. Der Sprecher der Landtagsfraktion G.Thelen berichtet, daß der jetzige Beschluß erst nach längerer Diskussion möglich war und die Diskussion auch noch nicht beendet sei. Voraussetzung für die Erteilung des Kommunalwahlrechtes soll ein fünfjähriger Aufenthalt in der BRD sein, die WAZ vermeldet, daß es der Landtagsfraktion nur um das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht ginge.

Der Wille der SPD, das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer - auch für Türken und Kurden - einzuführen, ist brüchig. Solange kein genauer Gesetzesentwurf vorliegt, wird die Diskussion weitergehen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Paus lehnte das kommunale Wahlrecht strikt ab und erklärte:

"Nur wer Mitglied im Staatsverband ist bzw. wird, kann auch das vornehmste Mitgliedschaftsrecht, nämlich das Wahlrecht, ausüben. Wer - aus welchen Gründen auch immer - diese Mitgliedschaft ablehnt, muß in Kauf nehmen, daß er dann auch nicht mitbestimmen kann."

Tirschenreuth, 26.1.1989

Der ÖDP-Bezirksverband Oberpfalz distanziert sich in einer Resolution von Herbert Gruhl und dessen Absicht, die ÖDP "weit nach rechts zu öffnen".



Langen, 26.1.1989

Seit Anfang des Jahres trat die N.S. (Nationale Sammlung, inzwischen verboten), hinter der die FAP steckt, in Langen gewalttätig auf:

- Ein eritreischer Jugendlicher wurde am Bahnhof von drei Neonazis mit Tränengas besprüht.

- In der Nacht vom 7. auf den 8.1. wurden zwei Mädchen von Neonazis zusammengeschlagen und getreten, ein ausländischer Jugendlicher wurde verfolgt und konnte nur mit Hilfe einer Frau, die mutig eingriff, entkommen.

- Ein gehbehinderter Jugendlicher wurde zusammengeschlagen. Neonazis liefen mit Schußwaffen in der Hand herum.

Es gab einige Anzeigen von Antifaschisten gegen den "Sturm", eine Wahlkampfzeitung der N.S.-Initiative "Ausländer Raus", die zu den Kommunalwahlen kandidieren wollte. Auf die letzte Anzeige wegen Volksverhetzung antwortete die Staatsanwaltschaft sinngemäß, man müsse im "Wahlkampfgetöse" Verständnis für die N.S.-Propaganda haben. Vom Langener Antifa-Bündnis sind Öffentlichkeitsaktionen gegen den faschistischen Terror geplant.

Am 4.3. beabsichtigt die FAP einen Autokorso durch Langen, am 11.3. eine Demonstration.

München, 24.1.1989

In einem Leserbrief an die Münchener Tageszeitung "tz" beschwert sich der Landesvorsitzende der Republikaner in Bayern, Harald Neubauer, über die Bezeichnung "rechtsextrem" und beruft sich dabei auf die Bundesregierung:

"...dies ist für unsere Mitglieder und Wähler beleidigend. Die Republikaner sind eine Partei demokratischer Patrioten, die in keinem Verfassungsschutzbericht als rechtsextrem geführt wird. Die Bundesregierung hat am 31.10.88 die Verfassungstreue der Republikaner bestätigt. Diese seien nicht rechtsextrem (Bundestagsdrucksache 11/3244)."



Speyer, 23.1.1989

Für Freitag, den 20.1. kündigten die Republikaner in Dudenhofen eine Veranstaltung an. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Herstein wollte zum Thema "Ja zu Europa - Nein zu dieser EG" in der Gaststätte "Zum Adler" sprechen.

Es erschienen ca. 5 Republikaner und gut 40 Antifaschisten, die das angemietete Nebenzimmer besetzten. Nachdem die Republikaner mit ihrer Versammlung um 19.30 Uhr nicht beginnen konnten, wichen sie in die Gastwirtschaft aus. Als sie auch da nicht zu Wort kamen, riefen sie die Polizei.

Diese kam und forderte alle auf, binnen fünf Minuten das gesamte Lokal zu räumen. Der Wirt hatte zwischenzeitlich Strafanzeige gegen die Antifaschisten gestellt. Die Republikaner verließen nach der polizeilichen Aufforderung um inzwischen 21.30 Uhr das Lokal - obwohl sie damit ja gar nicht gemeint waren. Die Polizei verschwand ebenso, ohne ihr Lokalverbot zu überprüfen. Um ca. 22.30 Uhr verließen die letzten Antifaschisten das Lokal.

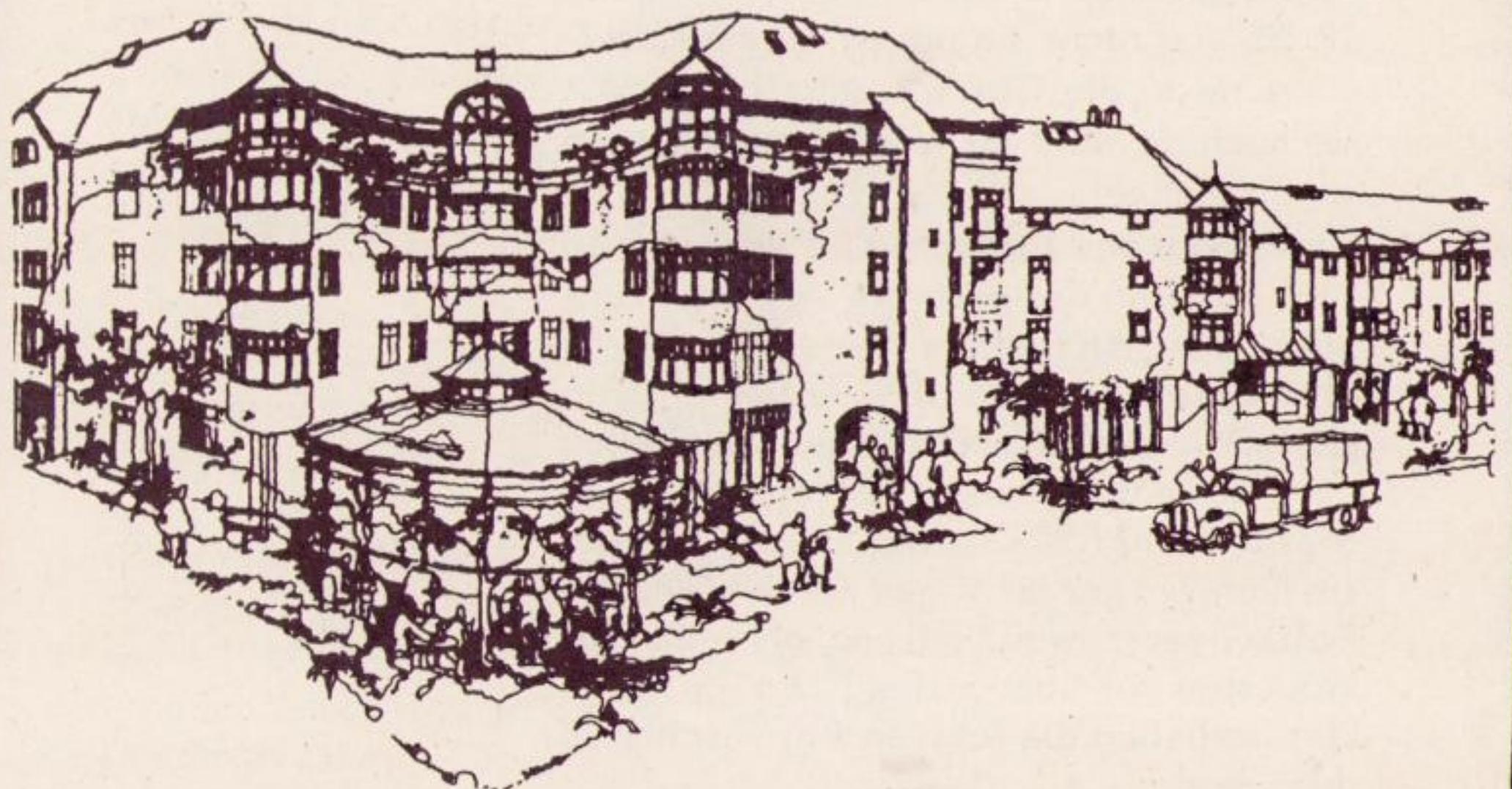
Stuttgart, 24.1.1989

Der Bezirksvorsitzende der DKP hat Strafanzeige gegen Bundespostminister Schwarz-Schilling gestellt, weil das Bundespostministerium "Beihilfe zur Verbreitung neonazistischer Gedankengutes sowie zur Volksverhetzung" leiste über die Verbreitung der DVU-Postwurfsendung.

Die Stuttgarter JuSos verabschiedeten eine Resolution, in der es heißt:

"Wir protestieren dagegen, daß tausende von Briefträgern unter Androhung von Disziplinarmaßnahmen und sogar strafrechtlicher Verfolgung gezwungen werden, Propagandamaterial der neonazistischen Deutschen Volksunion einschließlich übelster Hetze gegen ausländische Arbeitnehmer in sämtliche Briefkästen zu verteilen."

In Leserbriefen der Lokalpresse wurde aufgefordert, gegen die Beförderung der DVU-Hetzpropaganda durch die Post und gegen die DVU selbst durch massenhafte Zurückschicken der der Wurfsendung beigelegten Antwortkarte zu protestieren, die man - entsprechend ausgefüllt - unfrankiert zurückschicken solle. Ihre Politik werde dadurch angegriffen und die DVU müsse zudem die Portokosten übernehmen.





Hannover, 25.1.1989

Die Oberpostdirektion Hannover bestätigte, daß es unter den Zustellern Protest gegen die Zustellung der DVU-Wurfsendung gab, aber alle nach einer Information über die angebliche Rechtmäßigkeit dem Dienstherrn nachgekommen wären.

Die Deutsche Postgewerkschaft spricht von "erheblicher Unruhe und Kritik" unter den Zustellern. An sieben Postämtern haben unbekannte Antifaschisten Sprühpapieren gegen die Verteilung angebracht: u.a. "Post = Nazihelfer - Weg mit der DVU!"

Protest auch von vielen Empfängern. Der Sprecher der Oberpostdirektion:

"Ich weiß aber von Kollegen in den einzelnen Ämtern, daß sich viele Leute beschwert haben".

Oberbürgermeister Schmalstieg (auch Städtetagspräsident):

"Es ist ein ausgemachter Skandal, daß das Bundespostministerium eine derartige Wurfsendung akzeptiert hat."

Er unterstützt den Postgewerkschaftsvorschlag, die Wurfsendung über den nächsten Postkasten zurückzusenden.

In Westerstede (Ammerland) hat ein Briefbote gleichzeitig mit dem DVU-Brief eine persönliche Erklärung verteilt:

"Von der Aufschrift und dem Inhalt der Postwurfsendung des Herrn Frey und der DVU möchte ich mich distanzieren. Die Aussagen und Forderungen geben nicht meine Meinung wieder. Ihr Briefträger."

Die Oberpostdirektion Bremen befand, dies sei disziplinarisch nicht zu beanstanden.

Das Hauptziel der Recklinghäuser AntifaschistInnen für das Jahr 1989 ist klar gesteckt: Die faschistischen Wahlkandidaturen müssen verhindert werden. Seit Beginn des Jahres laufen unterschiedliche Aktionen. Daran sind bisher vornehmlich Antifaschisten vom Antifaschistischen Bund RE, vom Deutsch-Türkischen Verein, von den Grünen, den JuSos, dem Recklinghäuser Flüchtlingsrat und dem Flüchtlingskomitee Datteln. In den letzten Wochen dazugestoßen: die MLPD.

Im Januar wurden in der Stadt Unterschriften für einen Bürgerantrag an den Rat der Stadt gesammelt. Der Bürgerantrag fordert den Rat auf, keine faschistischen Organisationen zu den Kommunalwahlen zuzulassen, die Stadtreklame anzuhalten, keine Werbeflächen an faschistische Organisationen zu vermieten, und beim Innenminister das Verbot aller faschisti-

schen Organisationen einschließlich der DVU zu fordern.

Der Antifaschistische Bund rief in einem Flugblatt zum öffentlichen Besuch der Ratssitzung auf, die am 30. Januar stattfand. Etwa 30 Bürger, davon einige mit Transparenten, folgten diesem Aufruf.

Der Rat lehnte die ersten beiden Teile des Bürgerantrags ab, beschloß aber, beim Innenminister das Verbot zu fordern.

Eine weitere Aktion besteht in einer Strafanzeige seitens des AFB gegen DVU und Bundespostministerium. Die juristischen Erfolgsaussichten sind gering, aber erfreulicherweise nehmen die Diskussionen um ein Verbot für faschistische Organisationen wieder zu.

Leider lehnen Teile der Grünen, wie Axel Kempf in Recklinghausen, Verbote ab:

"Man hat noch nie durch Verbote politische Stoßrichtungen aus der Welt

geschafft. Als politische Märtyrer sind die doch viel gefährlicher."

Meint Axel Kempf wirklich, die kürzlich verbotene N.S. (Nationale Sammlung) des Herrn Kühnen stehe in den Augen der Bevölkerung im hessischen Langen als Märtyrer da?

Das Gegenteil ist der Fall. Die Menschen in dieser Kleinstadt haben aufgetan, nachdem seit Wochen Terror gegen ausländische Bürger ausgeübt worden war bei dem Versuch der Faschisten, Langen zur ersten "ausländerfreien" Stadt zu machen. Im Februar schlossen eine Reihe von Organisationen auf Initiative des AFB und der MLPD ein Aktionsbündnis, um am 17. März in Recklinghausen eine antifaschistische Großveranstaltung durchzuführen.

Dem Vorbereitungskreis, dem außer den oben aufgeführten Organisationen noch die VVN/BdA angehört, ist es gelungen, Hanne Hiob, eine Tochter Bertolt Brechts, sowie Esther Bejerano und "Siebenschön" für diese Veranstaltung zu gewinnen. In diesem Vorbereitungskreis haben erstmals seit längerer Zeit ausführliche Beratungen über die Entwicklung aktueller faschistischer Tendenzen stattfinden können. Dies war ein wichtiger Schritt nach vorn.



Kein schönes Beispiel für den antifaschistischen Zusammenschluß war die Veranstaltung des ÖTV-Kreisjugendausschusses zum 46. Todestag von Hans und Sophie Scholl. Zum 27.2. wurden zwar Bürgermeister, ein VVN-Vertreter, eine SPD-Abgeordnete und der bekannte Antifaschist H. Bogdal eingeladen, das gesamte übrige antifaschistische Spektrum wurde weder eingeladen noch überhaupt offiziell informiert.

Angeichts des wachsenden Einflusses der Faschisten sollte solche Spaltungspolitik endlich überwunden werden.

Der Vorbereitungskreis für die Veranstaltung mit Hanne und Esther propagiert zwei Bürgeranträge an den Rat der Stadt:

Zum einen wird der Rat aufgefordert, sich an den Kosten der Veranstaltung



zu beteiligen.

Zum anderen fordern die Antragsteller, der Rat möge einen Brief an die Bevölkerungsgruppe schicken, deren Adressen-datei die DVU auf dem Rechtsweg zugesprochen bekam und die sie mit einer weiteren faschistischen Wurfseide versehen will. Bei dieser Be-

völkerungsgruppe handelt es sich um die Altersgruppe, die noch am stärksten die Verbrechen des Hitlerfaschismus miterlebt hat.

In diesem Brief des Rates sollen die Bürger gebeten werden, das umgehende Verbot der DVU und aller faschistischen Organisationen zu fordern.

ANZEIGE

Sonnenblume



Sprüngetr. 2
am Hauptbahnhof



Köstliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Montags bis Freitags: 9-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

Naturkost



11. Februar in Essen

Demonstration gegen den Staat

Fortschritt im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte?



Am 11.2. fand in Essen eine Demonstration statt, deren Hauptforderung "Freilassung von Ingrid Strobl" lautete.

Gekommen waren 10 000 Menschen, der überwiegende Teil in schwarzer Kleidung. Bei vielen waren einzig die Augen zu sehen.

Diese Menschen riefen Parolen, von denen die meisten der Essener Bevölkerung nicht verständlich wurden. Z.B.: "Iso-Haft ist Folter, Iso-Haft ist Mord!" (Nicht jeder kann Iso-Haft spontan mit Isolationshaft übersetzen).

Solcherlei schon zu Beginn des Berichts zu erwähnen, scheint uns angebracht, denn die Frage, wie eine solche Demonstration auf die Bevölkerung wirken könne, hatte sich ein großer Teil der Demonstranten offenkundig nicht gestellt.

Am 14.2. begann im Hochsicherheits-trakt des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes der Prozeß gegen Ingrid Strobl.

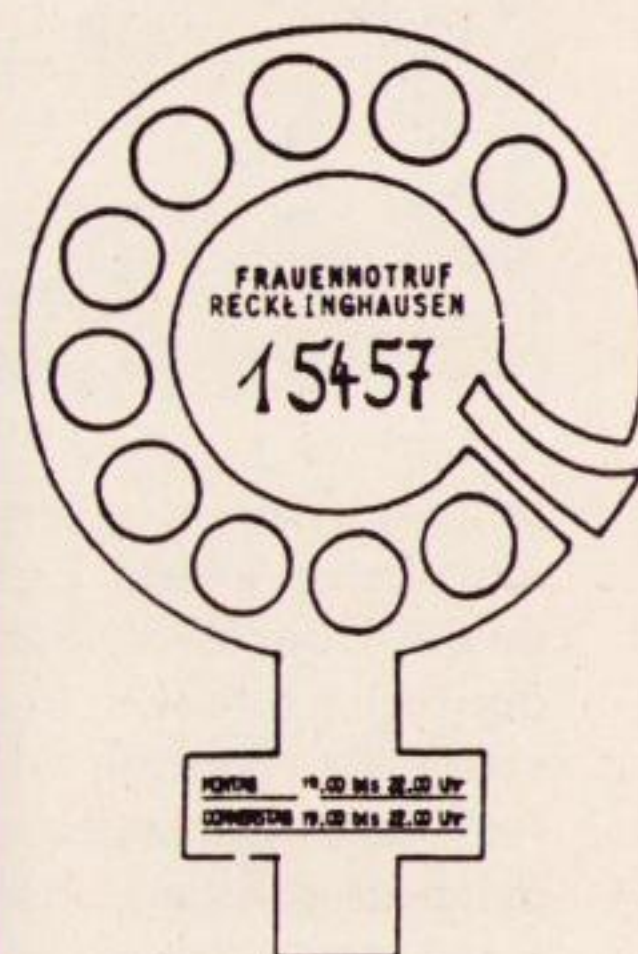
Die Bundesanwaltschaft wirft der ehemaligen Emma-Mitarbeiterin und taz-Autorin die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (gemeint sind die Revolutionären Zellen und die Rote Zora) und die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale der Lufthansa-Verwaltung in Köln vor.

Für das Verfahren sind bis zum 5. April insgesamt dreizehn Verhandlungstage angesetzt. Der Strafsenat hat bisher 31 Zeugen und einen Sachverständigen geladen.

Mit verbotenen Vernehmungsmethoden versucht derzeit die Bundesanwaltschaft, gegen ZeugInnen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Lufthansa und die Adler-Werke vorzugehen. Nach Mitteilung von RechtsanwältInnen wurden zwei ihrer Mandantinnen als Zeuginnen vorgeladen, ohne daß ihnen mitgeteilt wurde, daß gegen sie selber auch Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der "Revolutio-

nären Zellen" eingeleitet worden sind. Obwohl die beiden Frauen aufgrund des gegen sie eingeleiteten Verfahrens ein Aussageverweigerungsrecht gehabt hätten, beantragte die Bundesanwaltschaft eine Beugehaft für sie, als sie auch bei einer zweiten Vernehmung jegliche Aussage verweigerten.

Reden auf der Abschlußkundgebung, fortgesetzt durch eine Reihe von Parolen, die entweder Teile der Bevölkerung beschimpften (z.B. die „Schicki-Mickis, also die ‚Besserverdienenden‘) oder die Polizisten zu provozieren versuchten (Bullen in Haushaltsgeräten - Mulinex-verarbeiten zu lassen), fand die Demonstration in einer erbärmlichen und



Recklinghäuser Antifaschisten, die die AntifaZ verkauften, stießen bei den Schwarzgekleideten auf offene Ablehnung: Entweder gar keine Reaktion oder nur ein kurzes empörtes: "Jetzt doch nicht" - nichts sollte die Kämpfer von dem bevorstehenden Kampf ablenken - höchste Wachsamkeit war angesagt!

Nun ist selbstverständlich klar, daß gegenüber der versammelten Polizeistreitmacht - auch auf dem Hintergrund der vollmundigen Polizeiankündigung, Vermummung und Verächtlichmachung des Staates würden nicht hingenommen - an diesem Tag größte Aufmerksamkeit geboten war. Trotzdem ist das Gesamtverhalten der autonomen Demonstranten in Essen in aller Deutlichkeit zu kritisieren.

Anfangen von der völlig fehlenden Bereitschaft, die Ziele der Demonstration der Bevölkerung zu vermitteln, Ausnahmen davon die Zwischenkundgebung mit ihren Erläuterungen zum Hintergrund des Sex-Tourismus und die

schleppenden Organisation im Stile eine katholischen Springprozession, die alle zehn Meter vor jedem Altar haltmacht, ihre Krönung.

Alle paar Minuten rief irgendeiner: Anhalten! Worauf alle in der Nähe auch tatsächlich anhielten, ohne daß es dazu auch nur einen ersichtlichen Grund gegeben hätte. Der Grund für dieses Verhalten kann nur in der abgrundtiefen Angst dieser Leute vor dem übermächtigen Polizeiapparat liegen und in der absoluten Verachtung der sonstigen Bürger, von denen selbstverständlich keine Unterstützung erwartet wurde.

So ging es in ständigem Hin und Zurück in aller Seelenruhe meterweise vorwärts. Bisweilen ging auch gar nichts mehr, dann mußte einer von der Demonstrationsleitung von ganz hinten nach ganz vorn laufen und händeringend bitten: Liebe Leute geht doch weiter, es ist gar kein Grund vorhanden, stehenzubleiben.

Wenn die Menschen nun die Wartezeiten zumindest genutzt hätten, um mit den Passanten zu sprechen - nichts da: die Blocks blieben zu, durch Stangen, Seile oder Ketten nach außen hermetisch abgeriegelt - weil man sich so ja scheinbar am schlagkräftigsten gegen knüppelnde Polizisten zur Wehr setzen kann.

Daß angesichts zehntausender einkaufender Essener - und ein nicht unbeträchtlicher Teil davon bestand allerdings aus 'Besserverdienenden' - die Polizeiführung auf gar keinen Fall in der Essener Innenstadt eine Schlacht liefern würde - ein solcher Gedanke wäre von den meisten sicher als 'weltfremd' zurückgewiesen worden.

So schleppte sich der Zug dahin - allein vom Viehofer Platz bis zum Bahnhof dauerte es mehr als drei Stunden.

Ein Wort zur Demonstrationsleitung: Daß an der Spitze des Zuges ein Frauenblock demonstrierte, war sicher in Ordnung, schließlich handelte es sich bei der Angeklagten um eine Frau, aber warum es keine Demonstrationsleitung an der Zugspitze gab, lag das an fehlenden Absprachen über die Durchführung der Demo?

Auf dem Hintergrund dieses Gesamteindrucks scheint uns klar, daß diese Demonstration dem weiteren Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, insbesondere dem Kampf gegen die Flut der §129a-Verfahren und -Urteile eher geschadet hat.

Gut, zehntausend Leute haben immerhin demonstriert, aber für die meisten war die Hauptparole "Wir sind nicht alle - es fehlen die Gefangenen!", in der schon eine schädliche Stoßrichtung signalisiert wird:

Zum einen wird und wurde nicht zwischen politischen Gefangenen und kriminellen Gefangenen unterschieden - einfache Erklärung: Ursache aller Kriminalität ist sowieso das "Schweinesystem", also muß für die Freiheit aller Gefangenen gekämpft werden.

Schädlich auch deshalb, weil sie sich auch als Stellvertreter-Kampfansage an den Staat versteht, so ein Stück die politischen Motive der Parolenrufer erhellt. Den Polizisten wird entgegengeschleudert: Seht euch vor, wir sind viel mehr als die hier Versammelten. Dahinter steckt einzig blankes "Stärkerdenken" - wer hat die stärkeren Truppen? Wer wird letztlich "siegen"? --Wir!

Kritische Überlegungen einer solchen Haltung gegenüber sind mehr als notwendig. Welche Ziele haben diejenigen, die derart den "Kampf" zur eigentlich wichtigen Frage erklären?

Und ist nicht das Verhalten der schwarzen Blocks - einschließlich der schwarzen Frauenblocks - allemal chauvinistischer als die Versuche einiger 'Chauvinisten' in der Demoleitung, die demonstrierenden Frauen zum Weitergehen zu bewegen?

Ist es kein Chauvinismus, wenn Frauen einen einzelnen Demonstranten nicht durch ihren Block hindurchgehen lassen, wenn der auf die andere Straßenseite will. Begründung: "Hier kommt keiner

durch, hier ist der Frauenblock!"

Die eigentlich wichtigen Anliegen dieser Demonstration, wie die politische Bekämpfung der Verfahren nach 129a, die Forderung nach sofortiger Streichung des 129er Paragraphen, die Forderung nach Solidarität mit den politischen Gefangenen, die Bekanntmachung des seit Wochen andauernden Hungerstreiks politischer Gefangener, die Forderung nach Zusammenlegung und Aufhebung der Isolationshaft - all dies kam zu kurz!

Unseres Erachtens sind die Angriffe des Staatsapparates auf die politischen Gefangenen, auf diejenigen Teile der demokratischen Bewegung, die zur Solidarität mit ihnen aufrufen, auf revolutionäre ausländische und deutsche Organisationen nur die Speerspitze eines umfassenden Angriffs gegen alle demokratischen Bestrebungen, sie müssen im Zusammenhang mit der wachsenden und ständig seitens der Reaktion stärker unterstützten faschistischen Kräfte und im Zusammenhang mit den sich verschärfenden sozialen Auseinandersetzungen in diesem Land gesehen werden. Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, daß die autonomen Kräfte ihre (Selbst-)Isolierung überwinden und die politische Auseinandersetzung auch mit den sie kritisierenden politischen Kräften aufnehmen.

Wer Ernst machen will mit dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus, muß die Aktionseinheit aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte einschließlich der revolutionären Gruppen anstreben - sonst werden wir alle - einzeln und nacheinander 'platt' gemacht!

Im "Letzten Heller" herrschte dicke Luft

Der Bundesparteitag der NPD in Rhaden



Im Lokal "Letzter Heller" herrschte dicke Luft. Schon Tage vor Beginn des NPD-Bundesparteitages am 11.2. in Rhaden hatten Antifaschisten den Tagungsraum mit Buttersäure parfümiert.

Aber nicht nur wegen des Gestanks lehnten sich NPD-Delegierte am Samstag morgen immer wieder aus dem Fenster: Sie hielten Ausschau nach dem Großteil der nicht anwesenden faschistischen Delegierten, die von fast 5 000 Gegendemonstranten am Betreten des Lokals vor den Toren des ostwestfälischen Städtchens Rhaden gehindert wurden. Einstimmig erklang es immer wieder: "Nazis raus!"

Drei Wege führen zum "Letzten Heller". An einer der drei Zufahrtstraßen hatten sich Mitglieder des Antifaschistischen Arbeitskreises Gevelsberg in die Blockadekette eingereiht.

"Wir waren in Schwelm dabei", sagte eine junge Frau. Dort war im Januar die Gründung eines DVU-Landesverbandes NRW verhindert worden. "Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, hier und heute mitzuhelfen, daß die NPD-Versammlung nicht stattfinden kann", erklärt auch Özdemir I.. Der türkische Kollege engagiert sich in Ennepetal in der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit.

"Die Ketten dichtmachen", heißt es immer wieder, wenn sich Delegierte der Absperrung nähern. Für viele von ihnen war da kein Durchkommen mehr. In einzelnen Fällen gab es Auseinandersetzungen, wenn die Polizei NPD-Leuten den Weg "freimachte". Insbesondere im Laufe des Vormittags konnten dank Polizeihilfe noch Delegierte in den Saal gelangen.

Nach Abschluß der DGB-

Kundgebung zogen immer mehr Leute vor das Lokal und die Polizei hielt sich weitgehend zurück.

An der Gegendemonstration nahmen unterschiedliche politische Kräfte teil, darunter alle im Bundestag vertretenen Parteien, Kirchliche Gruppen, Gewerkschafter, Ausländer-Initiativen, sozialistische Kräfte, sowie der Bielefelder Motorradclub "Kuhle Wampe".

Gegen Mittag mußte ein NPD-Sprecher verkünden: "Der Beginn des Parteitages wird von 11.00 auf 14.00 Uhr verschoben."

Den Grund mußte er kleinlaut eingestehen: Bis zu dem Zeitpunkt waren erst 160 der benötigten 324 Delegierten "eingetroffen".

Die Demonstranten harrten stundenlang vor dem Lokal aus.

Unter ihnen der 60jährige Werner G. aus Dortmund. Das Transparent in seinen

Händen weist ihn als Mitglied des Internationalen Arbeitskreises Rombergpark aus. "Wir sind nicht bereit, tatenlos zuzusehen, wie Rassisten und Nationalisten wieder an Boden gewinnen", sagt der Rentner. G., Jahrgang 1928, hat noch mitbekommen, wie die Leichen der Opfer des Romberg-Massakers kurz nach Ende des Krieges entdeckt wurden. "Solche fürchterlichen Dinge dürfen sich nicht wiederholen", fordert er, "und es gilt, schon den Anfängen zu wehren". Auch die Redner, die am Vormittag bei der Kundgebung des DGB auf dem

Sportplatz ans Mikrofon traten, fanden klare Worte.

So warnte der DGB-Landesvorsitzende Dieter Mahlberg vor den "braunen Rattenfängern", unter deren "pseudodemokratischem Mäntelchen der alte faschistische Wind des 1000jährigen Reiches wehe".

Oberkirchenrat Rösner von der Evangelischen Kirche Westfalens erinnerte an die Weimarer Republik. Dort habe man nicht früh genug den Anfängen gewehrt. "Diesen Fehler dürfen wir nicht noch einmal machen."

Die NPD eröffnete trotz der Blockaden am Nachmittag den Parteitag, uns wurde nicht bekannt, ob sie die Beschlußfähigkeit erreicht hat.

"Diese ganze Geschichte ist nicht gut für unsere Stadt", fürchtete der Rhadener Hans Bernd T., "man hätte es irgendwie verhindern müssen, daß die Rechten hier tagen können". Jetzt habe Rhaden doch seinen Namen weg, so der Malermeister. Daß der Wirt überhaupt sein Lokal zur Verfügung stellte: "Aber der hat bald seinen 'letzten Heller' verdient".

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer
Biologisches Bauen
Chemie in Lebensmitteln
Dritte Welt
Entwicklungspolitik
Faschismus
Geschichte
Heilkräuter
Indianer
Kriegsgefahr
Liebe
Medien

Neonazismus
Ökologie
Politik
Reisen
Sanfte Energien
Trampen
Umweltschutz
Vollwerternährung
Waldsterben
Yoga
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl

(02365/ 13448)

Schaut mal rein!



Aktion der DGB-Jugend:
Keine Nazipost in diesen Briefkasten!
Zurück an Absender!



Im Januar wurden 60 000 Zusteller per Dienstweisung des Bundespostministeriums zu Helfershelfern der neofaschistischen DVU - Liste D. Sie mußten 26 Millionen Hetzschriften gegen Ausländer und für einen neuen Nationalismus an die Haushalte verteilen und müssen bei offener Weigerung - wie über 100 ZustellerInnen in Kiel - mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.

Das Ministerium entschied bei der Verbreitung des faschistischen Gedankengutes - natürlich streng nach Gesetz. Denn nach §13 der Postordnung können Postsendungen nur dann von der Beförderung ausgeschlossen werden, wenn sie gegen Strafgesetze oder "erkennbar gegen das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit" verstoßen.

Daß die DVU mit ihrer staatlich unterstützten Propaganda selbstverständlich sowohl gegen das Grundgesetz (Artikel 139 GG) als auch gegen das "öffentliche Wohl" und gegen die "Sittlichkeit" verstößt, sehen die Herren im Ministerium nicht so.

Der Post scheint die Werbeaktion der DVU nicht nur wegen der Gebühreneinnahme von über drei Millionen DM durchaus nicht gegen den Strich gegangen zu sein.

Auch inhaltlich scheint man sich nicht von den Neofaschisten distanzieren zu müssen. Denn wenn es um linkes/alternatives Gedankengut ging, hat die Post wiederholt bewiesen, daß sie sich durchaus als Zensurbehörde durchsetzen kann.

1981 wurde Greenpeace die Verwendung des internationalen Friedenszeichens als Freistempel untersagt. Das Wappenemblem einer ehemaligen Wehrmachtseinheit blieb dagegen unbeanstandet.

Der CDU-Minister Schwarz-Schilling scheint sich also nicht nur finanziell sondern auch inhaltlich von der Unterstützung rechtsradikaler Gruppen Pro-

'ran

D A S
POLITISCHE
JUGEND-
MAGAZIN

JEDEN MONAT FRISCH IM BRIEFKASTEN



'ran. Seit 1985 mit der Aktion „Mach' meinen Kumpel nicht an! - Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“.

Auch jetzt wehren wir uns gegen die Kampagnen der DVU-Liste D. Zusammen mit der DGB-Jugend und der Jugend der Deutschen Postgewerkschaft machen wir mobil gegen die ausländerfeindlichen Parolen rechter Parteien bei den kommenden Wahlen

'ran. Für alle, die sich noch Zeit nehmen, ihren Geist anzustrengen.

'RAN. NUR IM ABO.

Siehe Rückseite.



Aufkleber abziehen, und ab auf den Briefkasten und die Wurfsendungen. Neue Aufkleber gibt's bei 'ran, Postfach 26 01, 4000 Düsseldorf 1

fit zu versprechen.

Umso erfreulicher, daß der Protest gegen dieses Verhalten der Post intern (siehe vorsorgliche Krankmeldung vieler Briefträger aber auch offene Verweigerung) und von einer wachsenden Zahl in der Bevölkerung getragen wird. Während der stellvertretende Postsprecher Wilming behauptet, die

Propaganda bewege sich "im Rahmen der Postvorschriften", getraut sich die WAZ vom 11.1. immerhin, von der DVU-Post als "braune Soße" zu sprechen.

Nicht nur bei vorsichtigen Worten beläßt es die Redaktion von ran. In bester Tradition der von ran und DGB-Jugend 1985 initiierten Aktion "Mach meinen Kumpel nicht an - gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" haben sich

diesmal die Redaktion, die DGB-Jugend und die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft zu einer Aufkleberaktion entschlossen.

Möglichst oft soll der Button "Keine Nazipost in diesen Briefkasten" bundesdeutsche Haustüren zieren. Falls das doch einmal nicht von Erfolg geprägt sein sollte, gibt es einen zweiten Aufkleber: "Annahme verweigert - zurück an Absender".

Da wir aus Erfahrung nicht davon ausgehen können, daß der DGB-Recklinghausen diese Aktion angemessen vorantreiben wird, haben wir uns entschlossen, die Aufkleber zu verbreiten, in der Hoffnung, daß Rechte wie Frey und Co demnächst "Millionen für den Mülleimer" produzieren.

Dokumentiert:

Aktionsresolution der Bremer Konferenz

Im nachstehenden dokumentieren wir die verabschiedete Fassung der Aktionsresolution der Bremer Konferenz vom 28./29.1.:

1. Zur Wahl zum „Europäischen Parlament“ beabsichtigen in verschiedenen europäischen Ländern neofaschistische Parteien zu kandidieren. In der Bundesrepublik Deutschland wollen die DVU im Bündnis mit der NPD sowie andere neofaschistische Parteien wie FAP, Republikaner und Nationale Front kandidieren. Die bereits vorhandene Vertretung neofaschistischer Gruppen im Europäischen Parlament ist schon jetzt Basis für ihre organisatorische Festigung und öffentliche Darstellung. Im europäischen Maßstab können neofaschistische Organisationen und Parteien zu einem noch gefährlicheren politischen Faktor werden.

Neofaschistische Organisationen in Europa schüren den Fremdenhaß gegen viele Einwanderer- und Flüchtlingsgruppen. Mit demagogischen Formeln werden diese Gruppen zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Mißstände gemacht. Ermutigt durch die Politik konservativer Regierungen gehen die Neofaschisten zu tätlichen Angriffen gegen Menschen über.

Erfolge von Neofaschisten in der Bundesrepublik sind für Europa ein besonderes Alarmzeichen. Deutsches Vormachts- und Revanchedenken hatte schon zweimal verheerende Folgen für

die Völker Europas. Die vom Faschismus verbreiteten Greuel wirken bis heute nach. Daraus müssen wir lernen — nur ein gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte kann den Anfängen wehren und Faschismus verhindern. Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik trifft deshalb eine besondere Verantwortung, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diese neuen Anfänge und Fortsetzungen faschistischer Politik im Keime zu ersticken.

2. In Erwägung dessen beschließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktionskonferenz: Die Durchführung einer gemeinsamen Kampagne gegen „Neofaschismus und Rassismus“ unter dem Motto „Leben und Lieben, dem Haß keine Chance, gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus!“. Unter diesem Motto werden von den zahlreichen unterstützenden Initiativen und Organisationen gemeinsam Veranstaltungen und Aktionen mit dem Ziel der Gleichberechtigung in einer multikulturellen Gesellschaft und der Schaffung eines antifaschistischen Klimas in Städten und Gemeinden zur gesellschaftlichen Ächtung des Neofaschismus und Rassismus durchgeführt. Wir appellieren an alle Menschen, der Propaganda, den Veranstaltungen und der Kandidatur neofaschistischer Gruppen entgegenzutreten und sie nach Kräften zu verhindern.

Wir rufen dazu auf, den antifaschistischen Auftrag des Artikel 139 Grundge-

setz uneingeschränkt zu verwirklichen und insbesondere für die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen zu sorgen.

Wir rufen dazu auf, die Diskriminierung durch Ausländer- und Asylrecht abzuschaffen, Ausländerwahlrechte einzuführen und sich für ein multikulturelles Zusammenleben einzusetzen.

Wir fordern die Mitglieder des Bundeswahlausschusses auf, die DVU — Liste D und andere neofaschistische Organisationen nicht zur Wahl zuzulassen.

3. Die Aktionskonferenz setzt einen Arbeitsausschuß ein, der eine lockere Koordinierung der Aktionen und Veranstaltungen vornimmt, ein gemeinsames Plakat entwickelt und weitere Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches — auch auf europäischer Ebene — vorbereitet.

4. Mit großen Zielen wälzen die Mächtigen in Politik und Wirtschaft Europa um: Führung auf dem Weltmarkt, Atomkraft, starker Überwachungsstaat, Zerschlagung sozialer Errungenschaften, möglichst geringe Beschränkungen bei der Zerstörung und der Belastung der Umwelt, uneingeschränkter Einsatz menschen- und umweltgefährdender Technologien wie der Gentechnologie.

Viele Menschen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind von Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Militarisierung und Friedensgefahr betroffen. Angst und Verunsicherung breiten sich aus. Abbau sozialer Versorgung, Einschränkung der demokratischen Freiheiten, Zerstörung sozialer und kultureller Lebenszusammenhänge, Ausgrenzung und Diskriminierung werden gegen den Widerstand vieler aktiv vorangetrieben. Nationalismus, Rassismus, Militarismus, „Law and Order“-Mentalität, sexuelle Diskriminierung und der Haß auf Fremde und Andersdenkende nehmen zu und werden gefördert.

Antifaschistischer Arbeitskreis in Herne gegründet!

Seit Mitte Januar haben sich in Herne 15-20 Jugendliche zu einem Antifaschistischen Arbeitskreis zusammengefunden. Es handelt sich überwiegend um Schüler zweier Herner Gymnasien sowie der Gesamtschule in Wanne-Eickel.

Von einem Wochenendseminar in der Jugendbildungsstätte Röttgershof in Marl ging der Anstoß aus. Organisiert hatte dieses Seminar das Jugendamt der Stadt Herne, um Schülern und Schülerinnen verschiedener Herner Schulen die Möglichkeit zu geben, sich über aktuelle Entwicklungen in Bezug auf faschistische Organisationen zu informieren.

Danach war für viele klar: Wir wollen in Herne praktische Arbeit gegen Neonazis und Ausländerfeindlichkeit machen, wir wollen deutsche und ausländische Schüler auffor-

dern, gemeinsam gegen Neonazis etwas zu unternehmen.

Seitdem hat sich die Gruppe wöchentlich im Jugendheim der Falken in der Jean-Vogel-Straße getroffen, wo ihre Arbeit offensichtlich gern gesehen wird.

Eine der ersten Aktionen war dann ein großer Informationsstand in der Herner Einkaufszone. Trotz regnerischen Wetters kamen fünfzehn Leute am Samstag, den 18. Februar, zusammen, verteilten 600 Flugblätter des Arbeitskreises und führten zahlreiche Gespräche mit Passanten.

Gegen 12.00 Uhr bekam der Stand dann 'Besuch' von einem stadtbekannten FAP-Sympathisanten mit zwei Mann Anhang. Angesichts der Überzahl der AntifaschistInnen verzogen sich die drei aber schnell wieder.

Vom Leiter des in der

Nähe befindlichen Stands der VVN/BdA wurde telefonisch die Polizei benachrichtigt - aber bis zum Ende der Aktion gegen 13 Uhr ließ sich kein einziger Polizist blicken! Der Arbeitskreis wird hierzu noch eine Anfrage an die Polizei richten.

Eine weitere Aktion ist für die kommenden Wochen geplant. Ein offener Brief wird verteilt, der die BuchhändlerInnen auffordert, keine Naziliteratur zu verkaufen. Dabei soll auch ein Aufkleber an die Buchhändler, die sich der Aktion anschließen, verteilt werden.

Am 25.2. wurden gemeinsam von Arbeitskreis und Leuten von VVN/BdA faschistische Parolen im Herner Stadtgebiet übermalt.

Der regelmäßige Treff des Arbeitskreises findet montags um 19.00 Uhr im Falkenheim an der Jean-Vogel-Straße statt.

Herne, Februar 1989

Aktion: Dieser Buchladen führt keine Nazi-Literatur

Die Gefahr des Neofaschismus nimmt zu:

-Am 10. Januar 1989 haben die Neonazis von der "DVU - Liste D" durch eine bundesweite Postwurfsendung die demokratische Öffentlichkeit provoziert.

-Am 22. Januar 1989 versuchte die "DVU" mit Unterstützung einer Schlägertruppe der "FAP" ('freiheitlichen', 'Arbeiter'-partei) in Wuppertal-Schwelm einen Landesverband zu gründen. 3000 Demokraten haben dies verhindert.

-In Berlin wählten über 90000 die neofaschistischen Republikaner (deren Ziele mit denen der "DVU" nahezu identisch sind) - ein wahrlich erschreckendes Ergebnis!

Wie ist es möglich, fragen viele Mitbürger, daß angesichts der millionenfachen Verbrechen des Hitlerfaschismus heute Neofaschisten wieder ungehindert ihre Hetzparolen unter das Volk bringen dürfen?

Schützt unsere Demokratie Neonazis?

Liebe Buchhändlerinnen und Buchhändler!

Ihnen kommt beim Zurückweisen der neofaschistischen Versuche, wieder an Einfluß zu gewinnen, eine besondere Aufgabe zu:

Verkaufen Sie keine Naziliteratur!

Verbannen Sie insbesondere die "Deutsche Nationalzeitung" und den "Deutschen Anzeiger" des Dr. G.Frey (Vorsitzender der DVU) aus Ihrem Sortiment (bzw. nehmen Sie sie nicht in Ihr Sortiment auf)!

Setzen Sie folgende Literatur auf die „braune Liste“:

- Deutsche Monatshefte für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft - Nation Europa - Nationalpolitische Studien - Deutschland in Geschichte und Gegenwart - Neue Anthropologie - Nordische Zukunft - Nordische Zeitung/Stimme des Artglaubens - Wikinger - Elemente - MUT - Klartext!

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus dem Spektrum neonazistischer Literatur. Für weitere Angaben stehen wir zur Verfügung.

Unterstützen Sie die Aktion des Antifaschistischen Arbeitskreises Herne:

"Dieser Buchladen führt keine Naziliteratur"

Antifa-Arbeitskreis in Herne in Aktion!



15 bis 20 Mitglieder des neugegründeten Antifa-Arbeitskreises führten am Samstag den 25.2. in verschiedenen Stadtteilen Hernes eine gelungene Übermal-Aktion durch: Sämtliche Fascho-Parolen im Herner Stadtgebiet wurden mit lila Farbe übermalt: Lila deshalb, um durch die deutlich sichtbaren Farbflecken auch einen symbolischen antifaschistischen Akzent zu setzen.

Es gab sehr viel Zustimmung von Herner Bürgern, nur wenige zeigten sich ungehalten.

Über die Frage, wie die Aktion durchzuführen sei, gab es im Arbeitskreis eine längere Diskussion, ausgehend von der Frage, ob man auch Parolen an Privatgebäuden übermalen solle. Ergebnis war, daß man das Ziel, alle Parolen zu übermalen, **gemeinsam mit der Bevölkerung** erreichen und deshalb die Hausbewohner ansprechen und überzeugen wollte, daß faschistische Parolen verschwinden müssen.

Der große Zuspruch zeigt, daß dies der richtige Weg war!

Adolf im Computer - faschistische Computerspiele

Erst nur gerüchteweise, dann immer konkreter erfuhren wir in den vergangenen Wochen, daß Faschisten zunehmend versuchen, in die "Computerszene" einzudringen.

Zwei Beispiele:

1. Ein rechtsradikaler Multiple-Choice-Test:

Beim Besuch eines Freundes erfuhren wir, daß er und sein Sohn inzwischen stolze Besitzer eines Homecomputers seien. Voller Entrüstung erzählte uns der Vater, daß sein Sohn ein ekelhaftes Nazispiel unter den getauschten Programmen gefunden und ihm gezeigt habe. Natürlich hatte der Vater das Programm sofort vernichtet. Ein starker Magnet wurde direkt über die Diskette geführt. Als wir dann aber unser Interesse an dieser "Nazi-Software" bekundeten, erklärte der Sohn verschmitzt, daß er, bevor er Papa das Programm zeigte, schon eine Sicherheitskopie gezogen hatte, die er uns zur Verfügung stellte:

der Darstellung eines Hakenkreuzes und dem Titel "The nazi".

Die einzelnen Fragen wurden von uns nummeriert. Die Reaktion des Programms auf die jeweiligen Antworten ist dann im Anschluß aufgeführt.

1. Es klingelt an der Tür und Adolf Hitler steht draußen. Was sagst Du?

- a) Moin, Adolf
- b) Heil Dir, mein Führer!
- c) Gehe weg, Du Jude.

b) ...kommt kein anderer hin.

c) ...ist nichts los.

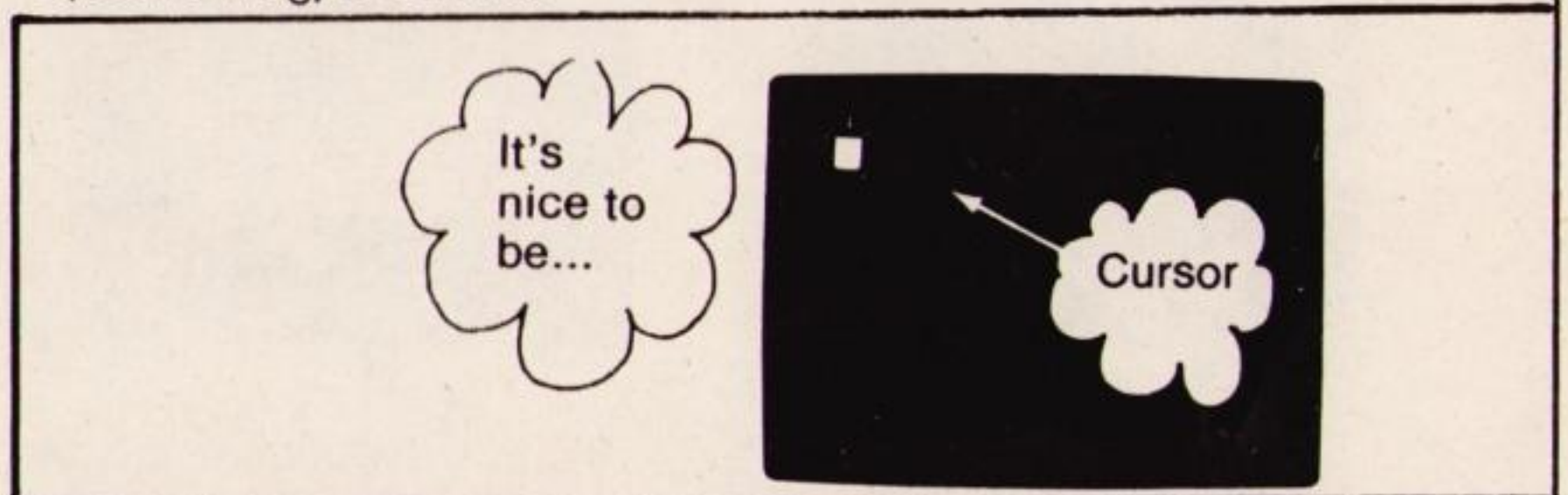
Die Reaktion auf:

a) "Du bist ein stinkender Türke."

b) "Genau so ist es."

c) "Wo ein Deutscher steht, ist immer was los! Sieg Heil!"

3. Stell Dir vor, Du steigst in ein Taxi und der Fahrer ist ein Türke.



d) Wir geben nichts.

Die Reaktionen auf:

a) "Dieser Gruß ist eines Führers nicht würdig!!!"

b) "Sehr anständig von Dir."

c) "Du bist ein Volksschädling ersten Grades? Stirb, Du Sack!"

d) "??? Adolf Hitler ist doch kein armer Bettler, Du Mistratte!"

Was machst Du?

a) Ich steige ein und fahre mit.

b) Ich nehme ein anderes Taxi.

c) Ich werfe eine Granate ins Taxi.

Die Reaktion auf:

a) "Du elender Türkenfreund."

b) "Das ist gut, aber zu harmlos."

c) "Eine wahrhaft deutsche Lösung."

Hmmm...the bird gets rather s-l-o-w.

May Day!
May Day!

CLear Out for HOME



Computerprogramm "The nazi"

Die "Titelseite" dieses Programms nach multiple choice Manier beginnt mit

2. Setze den Ausspruch fort:

Wo der Deutsche steht,

a) ...stinkt es.

4. Ein Kamerad nennt Dich 'Judensau'.

Was machst Du mit ihm?

a) Ich verzeihe ihm.

b) Ich erschieße das Schwein.

c) Ich tue, als wäre nichts passiert.

Die Reaktion auf:

- a)"So einem Volksverräter?Nie!"
 b)"Eine sehr deutsche Lösung."
 c)"Du feige Judenratte!"

5.Der Lehrer betritt die Klasse und ruft laut:"Heil Hitler!"

Wie reagierst Du?

- a)Ich zeige den Sack an.
 b)Ich sage ihm, daß man 'Guten Tag' sagt.
 c)Ich erwidere seinen Gruß.

Die Reaktion auf:

- a)"Weshalb?"
 b)"Bist Du Tamile von Sinnen?"
 c)"Dafür kriegst Du bestimmt eine 1+"

Die Reaktion auf:

- a)"Was will er denn da, Du Sack?"
 b)"Nun ist aber gut, Du mieser Öko."
 c)"Genau da gehört der Deutsche hin!"

2.Die Ton-Dia-Show

Hitler vor Hakenkreuzfahne mit digitalisiertem O-Ton.

Dies ist ein Programm, das mit einem entsprechenden Kopierprogramm in ca. drei Minuten auf eine andere Diskette übertragen werden kann.Der Preis für diese Datenträger liegt zur Zeit bei ca. 1DM. Sie stellen

te.Der hohe Speicherbedarf ergibt sich aus den teilweise dokumentarischen Tonaufnahmen, die in digitalisierter Form abgespeichert wurden.

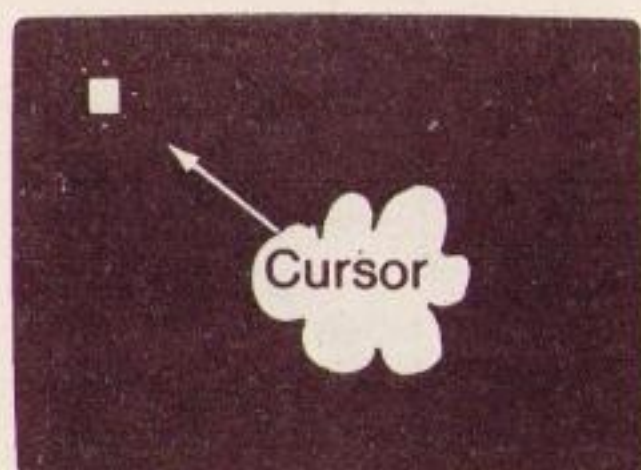
"Nazi Demo"

Das Programm beginnt mit einem Vorspann.

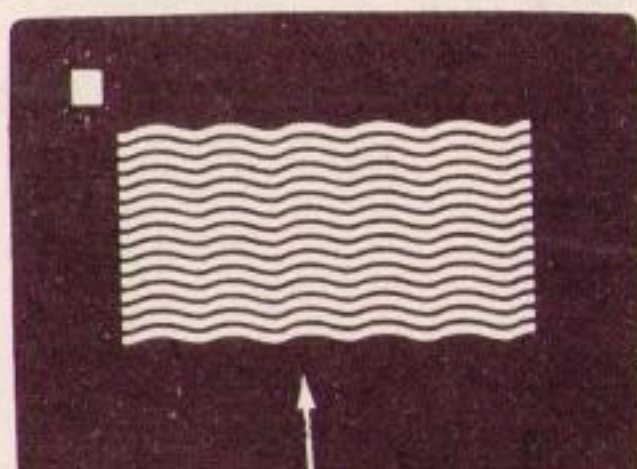
Es werden über eine Laufschrift Sympathien gegenüber verschiedenen Organisationen aus dem rechten politischen Spektrum bekundet.

Drückt man die Leertaste, so erscheint auf dem Bildschirm das Bild Adolf Hitlers vor dem Symbol des Hakenkreuzes.

Kurz darauf ertönt in einer für diesen Computer erstaunlichen Qualität einer alten Schallplatte ein Teil eines nationalsozialistischen Liedes (Führer befiehlt, wir folgen Dir").Danach folgt die Ansage:



Screen
clears



Cursor
moves
here

Screen
stays
cluttered

6.Warum würdest Du nie auf einer Baustelle arbeiten?

Weil...

- a)...die Bezahlung zu wenig ist.
 b)...da zuviele Türken arbeiten.
 c)...mir Arbeit im Freien nicht zusagt.

Die Reaktion auf:

- a)"Das spielt keine Rolle."
 b)"Richtig.Das ist das Problem."
 c)"Dem Deutschen sagt gerade das zu."

In dem Stil geht es weiter bis zur 21.Frage.

21.Wohin geht der deutsche Junge?

- a)zu den Pfadfindern
 b)zum CVJM
 c)zur Hitler-Jugend

eine neue Form für die Verbreitung von Bild,Text und Ton dar.

Der Programmierer beweist in diesem Programm schon eine erhebliche Professionalität in Umsetzung und Ausstattung.

"18.Oktober, das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:"

Im Anschluß ist auf dem Bildschirm zu lesen:

"Daß sich alle nicht germanischen Rassen in Dachau und Buchenwald einzufinden haben, um dort von der Waffen SS entlaust zu werden!!

Gez.Adolf Hitler"



Das Programm wurde für den Commodore C 64 geschrieben und benötigt den gesamten Speicherplatz einer Diskettensei-

Danach folgt:

"Was macht ein rein-rassiger Deutscher, wenn ein dreckiger Bolschewik eine edle deutsche Frau be-

lästigt?"

Computerton: Teil eines Liedes

Frage über den Bildschirm:

"Hier nun hört man, wie es den miesen Bolschewiken erging, die sich an einer deutschen Frau vergangen hatten!!"

Computerton:

"Flakbatterien der Waffen-SS nehmen die Bolschewiken unter Feuer"(Geschützgedröhn)

Bildschirm:

"Was war die Parole der deutschen Recken gegen das Welt-Judentum?"

Ton: Gesang("Führer be-
fiehl, wir folgen Dir")

Bildschirm:

"Zitat unseres Führers:

Ich habe meiner Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich auf militärische Objekte bei ihren Angriffen zu beschränken! Wenn aber der Gegner daraus einen Freibrief ablesen zu können glaubt, seinerseits mit umgekehrten Methoden kämpfen zu können...."

Ton: Stimme Adolf Hitlers
"Dann wird er eine Antwort erhalten..."

Ton: Nachrichtenspre-

Clear the screen, and enter this new bird display:

NEW

1 PRINT " Q J " ;



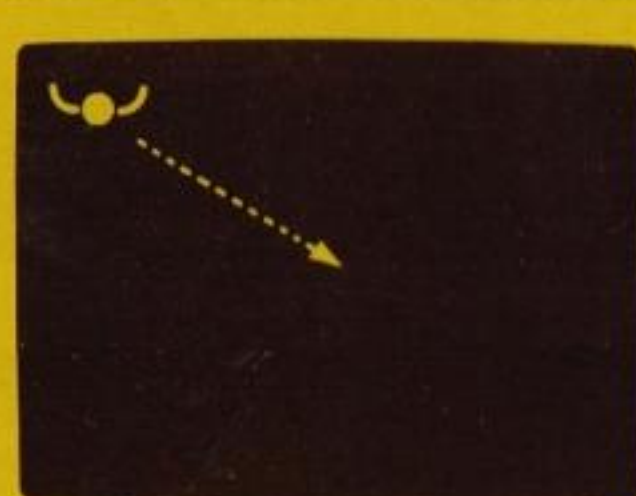
Ton: Kriegslied ("Vorán, vorán wir ziehen..")

Bildschirm: "Was geschieht mit dem elenden Volksverräter, der sich gegen den Führer stellt?"

Ton: Gesang: "Damit ist es vorbei, wir brechen dem Löwen die Kehle entzwei"
Danach erfolgt ein kurzer Textabschnitt mit zwei Kontaktadressen und "West Germany (Was sonst ?????!!!!)"

senhaß" (§131 StGB).

Wurden faschistische Propaganda-Darstellungen und Bilder in der Vergangenheit als Schriften, in der Regel also gedruckt verteilt, so zeigen diese beiden Beispiele, daß es inzwischen ganz neue Möglichkeiten der Herstellung und Verteilung gibt. Das Medium Computer eignet sich hierzu



cher:

"Unaufhaltsam marschiert der deutsche Soldat nach vorn, für ihn ist kein Hindernis unüberwindlich.."

Bildschirm:

"Warum muß der Bolschewik die deutsche Wehrmacht so fürchten?"

Das Strafrecht verbietet die "Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organe" (§86 StGB) und "das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" (§ 86a StGB) sowie die "Aufstachelung zum Ras-

ganz besonders. Inzwischen tauchen in den bundesdeutschen Wohnstuben immer mehr rechtsradikale Computerspiele auf.

RETURN

RETURN

NEONAZIS IM AUFWIND ?

1978-1988

10 Jahre Neofaschismus und
rechtes Netz in Münster



MIT AKTUELLEN INFORMATIONEN
ZU DVU-LISTE D UND NPD IN MÜNSTER
Europawahlen 18.6.89 - Kommunalwahlen 1.10.89 -
Landtagswahlen Herbst 1990
Bundestagswahlen Dez. 1990

Herausgeber:
VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES-
BUND DER ANTIFASCHISTEN
Kreis Münster-Münsterland



ANZEIGE: VORSICHT REPUBLIKANER

Westberlin. 22.3.89 Broschüre: 2. Auflage (erweitert), 40 S., DIN A 4, Inhalt:

Republikaner zu Europawahlen / Großmachtgelüste der Republikaner / Die Staatsauffassung der REP / Der Rassismus der REP / REP zu Südafrika: fast Alles normal / Elite und Führertum — Faschistische Herrschaftsideologie oder „Jedem das Seine“ / Wirtschafts- und Sozialpolitik der REP: Volksgemeinschaft der „Leistungswilligen“ / Familienideologie der Republikaner
Nach den Wahlen in Westberlin: Faschistische Formierung und Sammlung vorangeschritten / Entwicklung der Partei und Widerstand gegen sie / Die Konservativen sind auch heute die Wegbereiter der Faschisten / REP's als Parlamentarier — einige Faschisten vorgestellt / Bindeglied zwischen Konservativen und Faschisten:

REP und „Neue Rechte“ : Verbindungen zu den Republikanern / Publikationen der „Neuen Rechten“ / Dokumente zu den rechtlichen Maßnahmen eines Verbots faschistischer Organisationen

Herausgeber:

- Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Westberlin),
 - VVN Westberlin, Verband der Antifaschisten
- Bezug: Volksfront, c/o GNN, Czerninskistr. 5, 1/62
Preis: bis 3 Ex. 2,50DM; bis 20 Ex. 2,-DM, darüber 1,80DM, incl. Porto.

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

ANZEIGE



- Herner Str./Ecke Paulusstr. •
- 4350 Recklinghausen •
- Tel. 02361-17002 •